DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

NICHTOHNEUNS.DE

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 38 ab Samstag, 27. Februar 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. DE72 1101 0100 2235 4091 57

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben



Montage: Sandjaja/Stein/Lenz (DW)

AUSGABE FÜR ALLE GRUNDSCHULKLASSEN NACH 1945

Die irre Wahnwelt der Grundgesetzleugner und ihre tollkühnen Verschwörungspraxen

Abenteurer sind sie bestenfalls. Scheitern werden sie auf jeden Fall. Wer sind sie, die immer weniger Werdenden, die die irre Wahnwelt der Grundgesetzleugner mit ihren tollkühnen Verschwörungspraxen bewohnen? Sie wähnen sich von Feinden umzingelt. Warum?

Zum Grundgesetz gibt es zwei stark voneinander abweichende Meinungen: Einmal, dass es gültig sei, und zwar im vollen Sinn- und Wortlaut. Das ist die Ansicht der deutschen Demokratiebewegung mit ihren Millionendemonstrationen. Und andererseits die Ansicht, dass das Grundgesetz »Geschwurbel« ist. Letzteres vertreten die Bundesregierung und eine Anzahl an Konzernen.

ÜBERPRODUKTIONSKRISE UND TRIEBSTAU

Hinter der *New-Age*-Praxis verbergen sich Ängste vorm eigenen Machtverlust, vom Hass auf alle menschlichen Körper, Hygiene- und Impfwahn, Lust- und Genussfeindlichkeit, Antisemitismus, Antichristlichkeit, Antiislamismus, Unmusikalität und pure Blasphemie.

Ließ der bayerische Ministerpäsident Markus Söder einen englischen Juristen in Berlin mit Münchener Spezialpolizeitrupps überfallartig angreifen, weil dieser sich offen zum Grundgesetz bekannt hatte und Söders Rücktritt forderte? Ein internationaler Skandal von Wahn und Wirklichkeit der Herrschenden; dazu die DW-Titelrecherche: Seiten 11 und 12. Ein Fall mit weitreichenden Folgen. Wo ist die »Vierte Gewalt«?

Hier. Dies ist die 38. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

NICHTOHNEUNS.DE

Встретимся под столом

LAUDATIO ***Der Preis der Republik geht an Journalisten Boris Reitschuster.*** Von Batseba N'Diaye



Die Jahre 2020 und 2021 sind große Jahre des Journalismus. Das betrifft nicht die Staatssender und auch nicht die Konzernmedien, sondern die vielen unabhängigen Portale, die ihre Redlichkeit und Notwendigkeit in diesen düsteren Jahren unter Beweis stellen konnten.

Seit vielen Monaten ganz vorne mit dabei ist der Journalist Boris Reitschuster, der unermüdlich die Versammlungen der Demokratiebewegung begleitet, Interviews führt und den Versuch unternimmt, der Regierungspropaganda die Wahrheit entgegenzusetzen. Für seine Arbeit ist er für unzählige Menschen eine wichtige Quelle der Information geworden, weshalb sie ihn und sein wachsendes Team von *reitschuster.de* tatkräftig unterstützen.

Wer den proklamierten Krieg gegen einen Virus nicht mitmachen möchte, ist umgehend irren Verleumdungen ausgesetzt. So ereilte den ausgewiesenen Politik- und Russland-Experten Boris Reitschuster der Ruf, er würde sich von seinen Lesern bestechen lassen, weil er Spenden in Höhe von 20 Euro entgegennahm, während sich die strauchelnde Nachrichtenillustrierte *Spiegel* von einer Milliardärsstiftung mehrere Millionen rettende Euro in Tasche schieben ließ, um erfundene Geschichten veröffentlichen zu können. Besondere Beachtung verdient die zuverlässige Berichterstattung in der Bundespressekonferenz, wo er als einziger Journalist kritische Nachfragen an die Regierung stellt und somit die Ehre eines ganzen Berufsstand rettet. Auch hier wurde eine Kampagne gestartet, um den ausgezeichneten Journalisten zu diskreditieren. Doch die Lüge wird nicht siegen. Auch nicht jene, hinter allem stecke Russland. Prösterchen und Glückwunsch.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Boris Reitschuster verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben. Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfundingfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 38. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck *Crowdfunding* gern an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!

UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!

BERLIN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Leben *standby*?

EINWURF *von Werner Köhne*

Spätmodernes Leben im *Standby*-Modus oder als Provisorium: Ein Umherirren zwischen Aufmerksamkeits- und Abschaltwahn. Dem »Geradehin« (Husserl) unserer Alltagsexistenz geben wir kaum noch die Chance, ein kraftvolles »Jetzt« auszubilden; ja, es scheint so, als ob wir den Augenblick fürchteten und ihn erst einmal in die Zukunft abdrängten – wo er aber nie ankommt.

Solcher Aufschub hinterlässt nervöse Gereiztheit, Depression und Panik. Wenn man sich in den Untiefen dieser – zugegeben etwas wilden – Phänomenologie modernen Zeiterlebens umschaut, ahnt man bald, wie sehr die heutige Corona-Politik in ihrer machtsichernden Beliebigkeit diese Erosion unseres Zeitbewusstseins beschleunigt – mit den genannten emotionalen Folgen.

Die Erosion vollzieht sich als »Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit« (Alexander Kluge), auf Vergangenheit und Zukunft. Offensichtlich zielt das Krisenmanagement der Corona-Agenten genau darauf: Sie möchten uns in einem Zustand der Desorientierung und kollektiven ADS halten, in dem Erfahrung nicht zählt.

Wie war das denn noch? Die »Bilder von Bergamo« erlaubten Polikern, in einen Krisenmodus zu wechseln; die Herausforderung lautete: Unbedingt verhindern, dass auch bei uns diese Bilder von überfüllten Klinikfluren unser Bewusstsein fluten.

Die Regisseure des Coronaszenarios schöpften in ihrer Agenda weder aus wissenschaftlicher Erkenntnis (etwa eines Wolfgang Wodarg) noch loteten sie Alternativen aus. Man folgte im Handeln lieber einem tumben Reiz-Reaktionsmuster, das sich in einem Dauerlockdown ein irisierendes Gesicht gibt.

Die Folge: Wir werden gedrängt in eine Art Delirium präsens, sind Getriebene in einem verhetzten Zeitkontinuum. So zerfällt Identität und unser Dasein wird unheilvoll fragmentiert. Diese Corona-Krise schwebt eben nicht als düstere Wolke über uns; sie zeigt sich als ein Programm einer dramatischen Reduktion von Leben (den Luhmann'schen Begriff von Komplexität benutze ich hier bewusst nicht): Die Ressource Sinn stirbt; die Zukunft wird mit Alternativlosigkeit zugestellt. Mithin verfehlen wir den erfüllten Augenblick als uns Erinnernde, Entscheidende und Hoffende (wohl auch Trauernde). Wir brauchen eine zeitgemäße Existenzphilosophie – ob mit oder ohne Virus! Als Erkenntnisschock.

»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.



BioNtech BNT162c2

Der feuchte Traum aller Frankensteins. | Von Markus Fiedler

Es wurde in der Vergangenheit viel über den Impfstoff BioNtech BNT162b2 veröffentlicht. Dieser Impfstoffkandidat ist unter der Markenbezeichnung »Tozinameran«* zugelassen und wird derzeit massenhaft weltweit verimpft. Hier soll aber die Aufmerksamkeit auf einen anderen Impfstoffkandidaten gerichtet werden, den kaum jemand im Blick hat.

Mitte letzten Jahres ist er eigentlich als Impfstoffkandidat für ein verkürztes Schnellzulassungsverfahren ausgeschieden. Das heißt aber nicht, dass daran nicht weiter geforscht würde. Die Rede ist von BNT 162c2. Die klinische Testphase dieses Impfstoffes wurde gleichzeitig mit dem Impfstoff BNT 162b2 gestartet. Und die Testphase läuft wider Erwarten immer noch. In einer internationalen Auflistung aller klinischen Testphasen steht für diesen Impfstoff »recruiting«, was bedeutet, dass dort noch Probanden für die klinischen Testphasen gesucht werden. (1) »Proband« heißt hier soviel wie »menschliches Versuchskaninchen«.

BioNtech ist nicht das einzige Unternehmen, das neuartige mRNA-Impfstoffe herstellt, die ganz neue Möglichkeiten bieten. Bisher konnte man als klassischer Impfstoffhersteller nicht bis ins letzte Detail frei entscheiden, wie genau beispielsweise ein Virus beziehungsweise dessen Erbmaterial aufgebaut ist. Man war auf klassische Zuchtmethoden angewiesen. Seit einiger Zeit kann man aber die Erbsubstanz der Erreger vollkommen frei gestalten. Ähnlich wie in einem ein Computerprogramm ist es möglich, sich die gewünschte Gensequenz für einen Virus oder lediglich für Bruchstücke aus dem Virus aus mehreren zur Auswahl stehenden Komponenten zusammensetzen.

Für jeden Molekulargenetiker stellte sich hier bei einer näheren Betrachtung des Impfstoffkandidaten BNT162c2 sofort die Frage: »Was könnte ich damit alles machen, wenn ich Frankenstein spielen dürfte?« Die Möglichkeiten wirken auf den Wissenschaftler entweder faszinierend oder aber schauderhaft. Wie Sie selbst das sehen, hängt im Wesentlichen davon ab, ob Sie die Impfung verabreichen oder aber die Impfung verabreicht bekommen.



EINE EINFÜHRUNG IN DIE GENTECHNIK

Die hier thematisierten Impfstoffe sind am ehesten verwandt mit den sogenannten Lebendimpfstoffen. Diese bestehen beispielsweise aus vermehrungsfähigen Viren, wie etwa beim Masernimpfstoff. Durch spezielle Auswahl der Anzuchtbedingungen und die gezielte Selektion und Vermehrung sich zufällig herausbildender »geschwächter« Virusmutanten erzeugte man bisher in »klassischer« Form die Grundlage für ein Immunserum. Die darin enthaltenen Viren können sich zwar in den Zellen des Wirtsorganismus Mensch vermehren, allerdings so schlecht, dass dem Immunsystem genügend Zeit bleibt, auf die in den Körper künstlich eingebrachten Erreger zu reagieren und diese abzuwehren.

Wie bereits erwähnt, kann man die Nukleotid-Sequenz der mRNA-Impfstoffe vollkommen frei gestalten. Wie diese Gestaltung aussieht, können Sie einer schematischen Abbildung entnehmen, die zum gedruckten Artikel und online veröffentlicht wird (2). Generell ist die Idee hinter den mRNA-Impfstoffen, dass man die Zellen des Wirtsorganismus dazu bringt, eine wesentliche Oberflächenstruktur des Virus selbst zu erzeugen.

Dies ist in unserem Fall das sogenannte Spike-Protein. Dieses wird an der Oberfläche der infizierten Zellen präsentiert, vom Immunsystem erkannt und führt dazu, dass sowohl die infizierten Zellen als auch das virale Protein selbst vom Immunsystem gebunden und beseitigt werden. Das soll später gegen die »natürliche« Infektion mit Coronaviren helfen. Nach relativ kurzer Zeit wird die künstlich erzeugte mRNA wie jede andere mRNA auch von speziellen zelleigenen Enzymen, sogenannten »Exonukleasen«, abgebaut und neutralisiert (3). Die mRNA verbleibt also nicht ewig in der Zelle.

Im Unterschied zum derzeit am Markt befindlichen BNT162b2, der nur den Bauplan für das Spike-Protein enthält, hat der Impfstoff BNT162c2 ein entscheidendes Extra. Auf der künstlich hergestellten mRNA befindet sich zusätzlich der Bauplan eines weiteren Proteins. Dieses Eiweiß ist das virale Enzym »Replikase« (4).

Haben die Ribosomen der Wirtszelle erst einmal das Enzym Replikase von der RNA abgelesen, übersetzt und zusammengebaut, fängt diese an, vorhandene virale mRNA in der Zelle zu vervielfältigen. So kann es sein, dass bis zu 200.000 Kopien ein und derselben mRNA vorhanden sind (5). Mit diesem Trick werden die natürlichen Abbaumechanismen der mRNA vollkommen umgangen. Die künstlich erzeugte mRNA verbleibt über eine lange Dauer in der Zelle. Die Zelle wird über kurz oder lang Schwierigkeiten mit dem Energiehaushalt bekommen, denn die in die mRNA-Kopien verbauten Nukleotide sind gleichzeitig die Energieträger der Zelle (zum Beispiel ATP).

Wenn die infizierten Zellen nicht vom Immunsystem erkannt werden, wird es für den Patienten problematisch.

GESELLSCHAFTLICHE DISKUSSION UND DEMOKRATISCHE ABSTIMMUNG?

Wozu forscht man an einer sich selbst vervielfältigenden mRNA (saRNA, also »self amplifying Ribo-Nucleic Acid«) und bewirbt eine um bis zu sechzigfach geringere Impfdosis (6), wenn doch mRNA Impfstoffe ohnehin in hohen Mengen schnell hergestellt werden können? Das ergibt keinen Sinn, insbesondere dann nicht, wenn man die einhergehenden Gefahren miteinbezieht. Man bräuchte natürlich nur eine Impfung und keine Auffrischungsimpfung (»*Boost*«) nach weiteren vier Wochen. Das ist aber ein schwaches Argument.

Also, was könnte man damit noch alles machen? Man könnte diese mRNAs als molekulare Plattform für Genmanipulationen nutzen. In der Werbesprache wird das dann sicher als »Gentherapie« verkauft werden. Das klingt gesünder.

Wie könnte so etwas aussehen? Vielleicht wird man dem staunenden Publikum in wenigen Jahren präsentieren, dass man eine Möglichkeit gefunden habe, die armen Diabetiker endlich dazu zu befähigen, eigenes Insulin herzustellen. Und man habe da zufällig entdeckt, dass ein Impfstoffkandidat, den man vor Jahren in der Corona-Krise im Rahmen einer Notzulassung getestet habe, sich hervorragend dazu nutzen ließe. Klingt das nicht toll? – Was würde der Gentechniker dafür machen? Er würde das Enzym »Replikase« ersetzen durch eine »Reverse Transkriptase« und zusätzlich ein »Integrase«-Enzym hinzufügen. Außerdem ersetzt man den Bauplan für das virale Spike-Protein durch den für Humaninsulin. Die Reverse Transkriptase schreibt nun die mRNA entgegen des »normalen« Informationsflusses in der Zelle in DNA um. Und mit Hilfe der »Integrasen« kann die so hergestellte DNA im Zellkern in die Chromosomen, also in das Erbgut des Menschen, integriert werden (7).

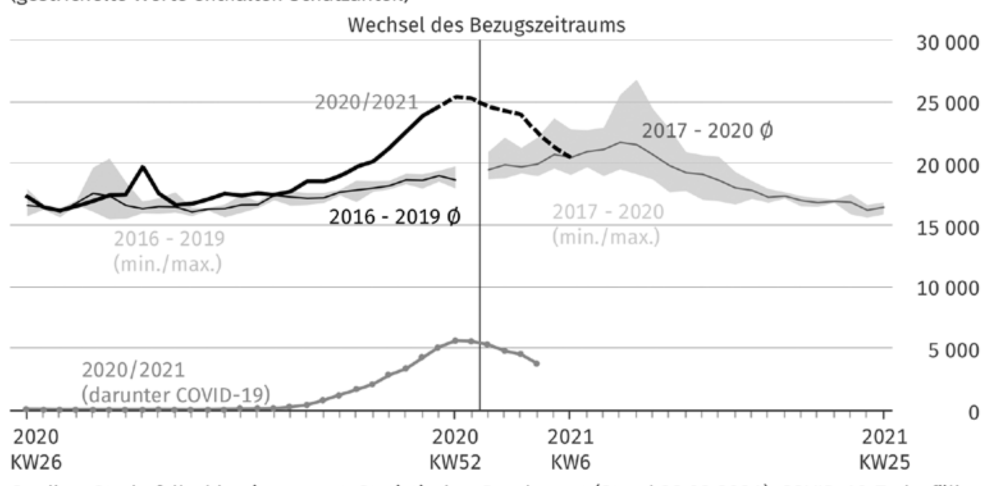
ECHTE DEMOKRATISCHE KONTROLLE VONNÖTEN!

Sie glauben, das sei Science-Fiction? Nein, das ist exakt der Mechanismus, wie zum Beispiel ein HIV-Retrovirus seine Erbsubstanz in das Genom einer Wirtszelle integriert. Die »Reverse Transkriptase« ist ein Enzym, das schon lange als molekulares Werkzeug in allen möglichen Biolabors im Einsatz ist. Zum Beispiel wird sie im Rahmen des Dr.-Drosten-Corona-PCR-Tests benötigt, um die einsträngige virale mRNA des Coronavirus in vervielfältigungsfähige doppelsträngige DNA umzuschreiben (8).

Aber dann wären die so »geimpften« Menschen ja gentechnisch manipulierte Organismen? Ja genau! Und man müsste diese Leute als transgene Menschen kennzeichnen. Ja, aber nur nach der Urfassung des Gentechnikgesetzes von 1990. Denn in § 3 des »GenTG« heißt es:

»Im Sinne des Gesetzes [ist ein] [...] gentechnisch veränderter Organismus ein Organismus, dessen genetisches Material in einer Weise verändert worden ist, wie [er] unter natürlichen Bedingungen [...] nicht vorkommt« (9). Heute steht dank des vorausschauenden Gesetzgebers an selber Stelle: »Im Sinne des Gesetzes [ist ein] [...] gentechnisch veränderter Organismus ein Organismus, mit Ausnahme des Menschen...«Wie praktisch! Da spart man ganz viele Aufkleber! Bliebe noch zu erwähnen, dass neben Bill Gates auch die DARPA, die sich vor allem für den militärischen Einsatz neuer Technologien interessiert, massiv in mRNA-Technologie investiert hat. Und eines der Firmenziele von BioNtech ist die Gentherapie. Wussten Sie das schon? Na, auf jeden Fall wissen Sie es jetzt. Schöne neue Welt!

Quellen, Links und dieser DW-Leitartikel als Audio sind auf *KenFM.de* abrufbar. | * Wahrscheinlicher Name des Impfstoffes, dieser ist nur schwer zu ermitteln.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

IMPFUNG TÖTET

Leipzig/DW. Laut Meldungen des TV-Senders *ntv* sind in einem Leipziger Pflegeheim fast ein Viertel der Bewohner nach der Corona-Impfung gestorben. Dies habe die Stadt mitgeteilt, jedoch offengelassen, ob die Todesfälle auf Corona oder Impfung zurückgingen. Die Impfungen hatten am 14. Januar begonnen, am 18. Januar starben die ersten Senioren. 70 Menschen lebten laut der Stadtverwaltung in dem Heim, 16 Bewohner starben nach der Erstimpfung. (jro)

CORONA-REGIME WILL DIGITALE IMPFKONTROLLE

Berlin/DW. Das verfassungsbrüchige Corona-Regime unter Kanzlerin Angela Merkel und der Ministerkonferenz sowie dem weitgehend gleichgeschalteten Bundesparlament hat am Montag die Einführung eines digitalen Impfpasses als Handy-Funktion ab 2022 beschlossen. Das meldete unter anderem *Bild*. Mit der Applikation sollen dann Zutritte zu Konzerten, Kindergärten, Universitäten und Cafés wieder legal werden. Laut der Plattform *nordbayern.de* will der mit verfassungswidrigen Sonderbefugnissen ausgerüstete Bundesgesundheitsminister Jens Spahn den Digitalpass noch in diesem Jahr durchdrücken. Siehe Kommentar auf dieser Seite. (ale)

BIDEN GEGEN STUDENTEN

Milwaukee/DW. Der inaugurierte US-Präsident Joseph Biden lehnt einen Schuldenschnitt für hochverschuldete Studenten ab. Das meldete die Tageszeitung *junge Welt*. Bei den in den USA vieldiskutierten Bildungskrediten der Studenten und Absolventen habe Biden die Ausgangslage pervertiert: Ein größerer Schuldenerlass könne nicht gewährt werden, so Biden bei einer Veranstaltung in der US-Metropole Milwaukee. Denn Absolventen von sogenannten Elite-Universitäten würden durch den Schuldenschnitt begünstigt. Die meisten Alumni von Harvard oder Yale – wo sich vor allem der US-Oligarchennachwuchs nachhaltig betrinkt – haben demnach aber kaum Schulden. Das in China hochverschuldete US-Imperium befindet sich seit Bidens Amtsübernahme in Kriegsvorbereitungen gegen Russland und den Iran. (bnd)

HOTLINE FÜR LEBENSMUT

München/DW. Für Menschen in seelischen Konfliktlagen hat die deutsche Demokratiebewegung eine Telefonseelsorge eingerichtet, die auch jenen offensteht, die bislang dem Propagandaregime Gefolgschaft leisteten. Unter der Telefonnummer 089 40 19 22 22 sind regelmäßig dreißig TelefonseelsorgerInnen zwischen 19 und 22 Uhr erreichbar. Siehe auch *lebensmut-hotline.de.* (ale)

Bröckelnde Regierungsfront

Die Berliner Amtsärzte weisen die Instrumentalisierung durch die Kanzlerin zurück.

In der Bundespressekonferenz am 12. Februar 2021 brachte der RKI-Chef Lothar Wieler den Inzidenzwert von 10 zur Sprache. Diesen zu haben wäre »cool«, so der Tierarzt.

Naja, Wünsche kann man haben, dachte man damals noch. Doch dieser nur scheinbar nebenbei genannte Wert taucht nun im offiziellen Stufenplan des Robert-Koch-Instituts auf, der Orientierung für die Lockerungen geben soll. Darin werden vier Phasen gekennzeichnet: Inzidenz über 50, zwischen 50 und 35, zwischen 35 und 10 sowie zwischen 10 und 0. Auffällig ist, dass nicht einmal auf der niedrigsten Stufe wieder alle Maßnahmen zurückgenommen werden und das Leben nur unter Vorbehalt weitergehen kann. So wird der Ausnahmezustand auf alle Zeit verlängert.

Der sogenannte Sieben-Tage-Inzidenzwert ist, egal in welcher Höhe, eine willkürliche Zahl, da mit einer Zunahme der Testungen oder der überstarken Konzentration auf ein örtlich auftauchendes Infektionsgeschehen jede Zahl produziert werden kann, die gewünscht ist. Bis heute, nach über einem Jahr Pandemie, fehlt ganz erstaunlicherweise eine aussagekräftige Studie über die Verbreitung des Virus. Deshalb fordern nun alle zwölf Berliner Amtsärzte laut eines Berichts des *Tagesspiegel* vom 22. Februar die Maßnahmen nicht an den Inzidenzwert zu koppeln. Außerdem bitten die Fachleute, »intensive Maßnahme der Infektionsprävention« für Alte und Kranke und gleichzeitig eine Abmilderung der Maßnahmen für andere Gruppen wie Schulkinder, so der *Tagesspiegel*. Angela Merkel hatte bei den Maßnahmen mit den Gesundheitsämtern argumentiert. Für diese Politik wollen sich die Berliner Amtsärzte anscheinend nicht mehr hergeben.

Im vergangenen Jahr hat das Köcheln auf kleiner Flamme, mit an den Haaren herbeigezogenen Storys à la *Schlachthofausbruch* gut funktioniert. Mittlerweile ist die Regierungsfront williger Helfer jedoch dermaßen ausgedünnt, dass es auch gut sein könnte, dass in wenigen Tagen nur noch der Medienapparat auf der Seite der Regierung steht. (hes)

Zutritt nur mit Impfpass

Von Erich Honecker gibt es eine Anekdote, die den alten Herren in menschlichem Licht erscheinen lässt. Zumindest im Vergleich zum Personal, das heute an den Schalthebeln sitzt. | KOMMENTAR von Hendrik Sodenkamp

Eine Fahrt durch Ostberlin brachte den grauen Herrn, zusammen mit einem Journalisten, an einem *Interhotel* vorbei. Also einem Ort, an dem sich westliche Ausländer für die benötigten Devisen Dinge kaufen konnten, die es für DDR-Bürger kaum gab.

»Wegen solcher Hotels, an deren Schaufenster wir Arbeiterjungen uns die Nasen plattgedrückt haben und die wir nie besuchen durften, bin ich Sozialist geworden. Jetzt haben wir die auch in der DDR.« Daraufhin soll Erich Honecker (Vorsitzender des Zentralkomitees der DDR und so weiter) in sich zusammengesackt sein.

Die noch regierende Kanzlerin Angela Merkel überlegt sich nun auch, wann sie auch Bereiche eröffnet, in denen manche Menschen feiern und die andere Menschen nicht betreten dürfen. Gegenüber der Regierungsplattform *ARD* äußerte sie: »Wenn wir genügend Menschen ein Impfangebot gemacht haben werden, und sich einige partout nicht impfen lassen wollen, wird man überlegen müssen, ob es in bestimmten Bereichen Öffnungen und Zugänge nur für Geimpfte geben soll.« Aber da wäre man »noch nicht«.

NOCH NICHT

Der Ethikrat hatte sich Anfang Februar 2021 gegen Sonderrechte für Geimpfte ausgesprochen, Angela Merkel bringt das Thema jedoch immer wieder zur Sprache, um der mangelnden Impfbereitschaft auf die Sprünge zu helfen. Da die Kanzlerin in der gesamten Maßnahmenzeit den Weg vorgeben konnte, ist davon auszugehen, dass wir bald solche Szenen in Deutschland haben werden: Ein geöffnetes Café mit freudigen Menschen, die endlich wieder ihr Leben genießen können, draußen stehen Menschen, die einfach nicht rein dürfen, weil sie die Impfung nicht übers Herz gebracht haben. Tausenden wird gekündigt, weil er oder sie die beruflich nötigen Flüge nicht antreten kann; Reisen nur mit Impfnachweis. Geschäfte, die die Diskriminierung nicht mitmachen wollen und alle Menschen gleichermaßen behandeln möchten, werden geschlossen, da sie ein Risiko für die Volksgesundheit darstellen.

Die Claqueure in den Konzern- und Staatsmedien werden sich zusehends einig darüber, dass es gar keine Sonderrechte für Geimpfte wären, sondern die Rückgabe von Freiheitsrechten, die ihnen sowieso zustünden. Geimpfte würden das Gesundheitssystem nicht überlasten und die Krankheit voraussichtlich nicht weitergeben. Die gleiche Situation also, wie auch jetzt schon, für alle Menschen unter 70. Aber das sind wohl nur ethische oder moralische Überlegungen. Der DDR hat die augenfällige Ungleichbehandlung jedenfalls nicht gut getan.



Durchh

Latte-Linke haben jetzt ihre Zeitu

Endlich ist sie da, die neue Satire-Zeitung für Deutschland. Wie lange haben wir auf sie gewartet! — *Zero Covid*. Ein neues Spaßblatt für die ganze Nation.

Nach *Eulenspiegel* und *Titanic* geht endlich die dritte Humoristenzeitung an den Start. Die Satire-Zeitschrift *Pardon* – die mit dem Teufelchen, das die Melone lüftet – wurde leider schon 1982 eingestellt. Eine bahnbrechende Innovation kennzeichnet *Zero Covid*: Die Zeitung konzentriert sich ausschließlich auf die Botschaft, dass die Menschheit nur ohne den Corona-Virus und seine, huah!, noch gefährlicheren Mutanten eine Überlebenschance hat — ein satirisches Fachblatt also.

Erstmals erschien es am 19. Februar 2021 in einer achtseitigen Ausgabe und lag dem Zentralorgan der neoliberal-olivgrünen Partei — der *taz* — vom selben Tage bei. Leider schreibt die Redaktion, dass die neue Satirezeitung nur unregelmäßig erscheinen wird. Sehr schade, so weiß die Leserschaft gar nicht, wann sie sich das nächste Mal freuen kann.

Alles neu zu erfinden, ist anstrengend. Vermutlich haben sich die Initiatoren gedacht: Lasst uns an den Erfolg der Print-Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* anknüpfen. Maßgeblicher Initiator des neuen Humoristen-Blattes *ZC* ist Winfried Wolf, hochqualifizierter Verkehrsexperte, Kriegsgegner und Feind des Neoliberalismus. Kennern zufolge war Winnie bislang eher als humorfreier Zeitgenosse unterwegs. Umso mehr erstaunt es, dass er nun als Komiker in Erscheinung tritt. Möchte Wolf mit Markus Söder bei einer Latte über Enver Hoxha plauschen? Immerhin enthält sein Satireblatt durchaus ernstzunehmende Forderungen wie die Rücknahme der Privatisierung des Gesundheitssystems, höhere Löhne für die dort Angestellten, Aufstockung des Personals: Sozialdemokratie.

Besonders gelacht habe ich angesichts der Tatsache, dass Wolf und seine Spaß-



Foto: DW/Sophia-Maria Antonulas

Offiziell: Die Stadt Rosenheim hat die Maske für immer abgeschafft.

halten: *Zero Brain?*

***ung für ihre Nullen:* Zero Covid.** | EINE BLATTKRITIK von Ullrich Mies

vögel die Merkel-Verfassungsputschisten und -gesundheitsdiktatur in ihrem Eifer noch überholen: Der totalitäre Staat als Problemlöser aller Virusgefahren, sozusagen. Bei mir hat die Zeitung ihr Ziel erreicht: Seit Monaten habe ich mich nicht mehr so gut amüsiert. Lachen ist gut als Immunstimulanz. Und ein gesundes Immunsystem schützt bekanntermaßen vor allen möglichen Krankheiten, Viren und Bakterien inbegriffen. Das galt auch schon vor der Corona-Krise. Und so haben es sich die Macher vom Nullvirus sicherlich auch gedacht. Sie wollen die Menschen in diesen finsteren Zeiten wieder etwas aufmuntern: Ganz ohne Pillen und Impfungen.

Werfen wir nun einen kurzen Blick in die neue Regierungsbeilage mit den vielen lustigen bunten Comics. Auf Seite 1 geht sie mit einem Zahlenspiel sogleich in die Vollen:

»Bisher starben weltweit mehr als 2,5 Millionen Menschen an Corona. Die Dynamik der Pandemie hat sich beschleunigt. In den ersten sechs Wochen des neuen Jahres gab es in Deutschland 32.000 Corona-Tote. Das sind fast so viele wie im gesamten Jahr 2020. Der Virus mutiert und wird gefährlicher« (*zero-covid.org/zeitung*).

In Satireblättern nimmt man es mit Zahlen, Daten, Statistiken und Differenzierungen nicht so genau. Darum fehlen hier auch jegliche Bezüge und Quellen. Könnte es sich dabei nicht im Wesentlichen um saisonale Grippetote handeln, wie jedes Jahr? Wer die Statistiken des RKI und von Destatis verfolgt, hat bemerkt, dass die Grippeviren ausgestorben sind. Also ist *Zero Influenza* schon gelungen? Wurden also alle Grippetoten nun – aus politischen Gründen – zu Corona-Toten umfrisiert? Waren diese Toten nicht vielmehr das Ergebnis exponentiell gestiegener PCR-Tests, die an Ungenauigkeit deshalb kaum zu überbieten sind? Der Anspruch wäre aber zu hoch, dem Team eines Satireblattes umfangreiche Recherchen abzuverlangen. Aber müssten sie nicht zumindest erklären, auf welcher Grundlage die genannten Toten zu spezifischen Corona-Toten erklärt wurden, mit welchen Methoden, Tests, Obduktionen etc. die Ärzte eindeutig feststellten, dass die Menschen an und nicht nur mit Corona verstarben?

Besonders erheitert war ich über die Aussagen zur Gefährlichkeit der Virusmutationen. Welche Mutationen breiten sich wo und wie »gefährlich schnell aus«? Machen sich die Corona-Satiriker damit nicht unbeabsichtigt zu Komparsen unserer Politclowns? Alle Viren mutieren, das wissen wir schon lange von Influenza-Viren. Da sind neuesten, huah!, Mutanten keine Ausnahme. Das ist seit Jahrhunderttausenden schon so. Daran hat sich unser Immunsystem gewöhnt. Andernfalls wäre die Menschheit längst ausgestorben. Uns das als etwas Neues zu präsentieren, ist ein Scherz.

TOTALITÄRER TOTENKULT

Übertreibung, Überspitzung gehören zur Satire wie der Arsch auf den Eimer. An dieses Prinzip haben sich die Macher der neuen *ZC* konsequent gehalten. So schreiben sie beispielsweise zur Situation in den deutschen Krankhäusern:

»Die Intensivstationen sind voll. *Triage*, das heißt das Sterbenlassen von Patient*innen, bei denen eine Therapie nicht aussichtsreich scheint, wird bereits praktiziert: Viele Pflegeheimbewohner*innen mit schwerem Covid-19-Verlauf werden oft gar nicht mehr an die Krankenhäuser überwiesen« (*ZC*, Seite 6).

Ich hoffe, dass den Leserinnen und Lesern ob dieser Panik erzeugenden und nachweislichen *Bullshit*-Aussage, die über Satire weit hinausreicht, nicht das Lachen im Hals stecken bleibt. Aber so funktioniert Satire. Kommen wir nun zur Risikogruppe der sogenannten Vulnerablen. Die Spaßmacher schreiben dazu:

»Ja, es ist richtig: 89 Prozent der Menschen, die in Deutschland bislang an Covid-19 gestorben sind, waren älter als 69 Jahre alt. Rund die Hälfte davon war zwischen 80 und 89 Jahre alt« (*ZC* Seite 3). Der Virus sei vor allem für ältere Menschen gefährlich, weshalb man sie besonders schützen müsse. Zum Glück folgt sofort die Losung: »Die Alten schützen« sei scheinheilig und die richtige Forderung müsse lauten: »Uns kann nur die Beendigung [...] der Pandemie schützen.«)

Na ja, auch Satire kommt ab und zu nicht ohne Realitätsbezug aus. Völlig abgedreht wird es allerdings, wenn das Ende der Pandemie an die Vernichtung eines Virus geknüpft wird. Folgerichtig könnte man auch sagen: Virus tot, alles tot!

Unsere Satiriker servieren auch eine Liste mit Vorschlägen, auf deren Basis die Verbreitung des Virus auf Null heruntergefahren werden könnte. So schreibt ein irischer Parlamentsabgeordneter in seinem Artikel:

»Unternehmen, die die *Lockdown*-Regeln nicht beachten, müssen stillgelegt werden. Gewerkschaften und Gesundheitsbehörden müssen die Befugnis erhalten, Inspektionen durchzuführen, Geldstrafen zu verhängen und Unternehmen zu schließen, die nicht *systemrelevant* sind. Die Arbeitskräfte sollten Ausschüsse für Gesundheits- und Arbeitsschutz wählen, die das Geschehen am Arbeitsplatz kontrollieren« (*ZC* Seite 4).

Wie zu lesen, gibt es lustige Strolche nicht nur in Deutschland. Mumpitz ist eben international, insbesondere wenn die Zutaten aus der Backstube des totalitären Staates kommen. In jedem Fall wünschen wir der Redaktion von *ZERO COVID*, dass ihr die guten Ideen nicht so schnell ausgehen. Wir freuen uns schon jetzt auf die nächste Ausgabe des gelungenen Satire-Fachblatts. Unser Tipp für die nächste Ausgabe: Die Propagandatechniken noch etwas verfeinern und auf die Spitze treiben, auch wenn es schon ganz gut geklappt hat, Zahlen, Zahlen, Zahlen ohne jeden Bezug, ohne jede Interpretation zu bringen.

Zum Versagen der »Linken« siehe auch Feuilleton Seite 15.



VGH GENEHMIGT DEMO-ZUG DURCH MÜNCHEN

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Zum ersten Mal seit dem 12.09.2020 fand am Sonntag dem 21.02. wieder eine bewegte maßnahmenkritische Kundgebung durch München statt, mit Abschlusskundgebung auf dem Marienplatz, Redner waren unter anderem »Superman« und Samuel Eckert. Das Kreisverwaltungsreferat der Stadt München (KVR) hat den Demonstrationszug zunächst – wie üblich – verboten. Auf meinen Eilantrag hin hat das Verwaltungsgericht (VG) München zunächst eine Demo mit 50 Teilnehmern genehmigt, bei denen es sich ausschließlich um Ordner der Abschlusskundgebung handeln durfte. Die Beschwerdeinstanz - der bayerische Verwaltungsgerichtshof -, hat dann letztlich 100 Teilnehmer plus Ordner genehmigt.

Das VG München hat zudem erneut betont, dass es in einem Eilverfahren nicht in der Lage sei, zu medizinischen, statistischen und epidemiologischen Sachverhalten Stellung zu nehmen. Das Gericht hat sich damit die Qualifikation abgesprochen, fundierte Entscheidungen zu treffen. Das VG München sieht sich noch nicht einmal in der Lage, von ca. 54.000 positiv auf Covid-19 Getesteten, die ca. 53.000 Genese abzuziehen. Das KVR darf also weiterhin vorsätzlich falsch behaupten, dass es in München aktuell etwa 54.000 »Coronakranke« gäbe, was schon durch die eigenen Zahlen der Stadt widerlegt werden kann.

PROBLEMJURISTEN

Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) dagegen beruft sich hauptsächlich auf den großen Einschätzungsspielraum des Gesetz- und Verordnungsgebers, offenkundig um einer Diskussion aus dem Weg zu gehen, da die Argumente offenkundig auf unserer Seite sind.

Sowohl der Demonstrationszug als auch die Abschlusskundgebung verliefen ohne besondere Vorkommnisse, mit regem überwiegend positivem Austausch mit den Passanten. Insbesondere die immer wieder behauptete Unkontrollierbarkeit eines Demonstrationszuges wurde unsererseits widerlegt.

1, 2, 3, DANKE POLIZEI

Positiv erwähnenswert ist auch die hervorragende Zusammenarbeit mit der bayerischen Polizei welche offenkundig, im Rahmen ihrer juristischen Möglichkeiten als Exekutiveorgan, darauf hingewirkt hat, das Demonstrationsgeschehen positiv zu beeinflussen. Danke dafür!

Markus Haintz ist Rechtsanwalt, Bürgerrechtler und Journalist. Er ist Preisträger der Republik. Haintz hat einen Telegrammkanal: t.me/haintz

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck *Crowdfunding* oder *Schenkung* an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

27.02.2021 10-12 Uhr	Schwäbisch Gmünd, Ledergasse	Impfen Pro und Contra
27.02.2021 12:30-15 Uhr	Rottweil, Großer Parkplatz beim Freibad	Autokorso für Frieden und Freiheit
27.02.2021 13:30-15 Uhr	Köln, Deutzer Werft	Autokorso für Grundrechte
27.02.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
27.02.2021 13:45-16 Uhr	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
27.02.2021 14-16 Uhr	St. Pölten, Rennbahnstraße 29	Schule für alle
27.02.2021 14-16 Uhr	Innsbruck, Landhausplatz	Dialog im Freien
27.02.2021 14-16 Uhr	Wien, Maria-Theresien-Platz	Demokratieforum & Grundrechte
27.02.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
27.02.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bad Ischl, Kurpark	Spaziergang für Zusammenhalt & Aufhebung der Corona-Maßnahmen
27.02.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
27.02.2021 15-17 Uhr	Schwaz, Pfundplatz	Demo für freie Bildung
27.02.2021 14:30-17 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Kundgebung für Freiheit
27.02.2021 14-17 Uhr	Heilbronn, Rasenplatz bei Theresienstraße	Kundgebung
27.02.2021 14-17 Uhr	Murrhardt, Marktplatz vor dem Rathaus	Demo mit Umzug
27.02.2021 17-18 Uhr (täglich)	Gerlingen, Solitudestr. 20	Mahnwache für Änderung der Besuchsregeln in Kliniken
27.02.2021 16-18 Uhr	Hameln, Parkplatz Weserberglandstation	Autokorso für Grundrechte
27.02.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
27.02.2021 17-19 Uhr	Erfurt, Domplatz	Thüringen steht zusammen
27.02.2021 18:30-19:30 Uhr (täglich)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Tägliche Mahnwache auf dem Marktplatz
27.02.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Paradiesstraße 256 (P+R S Altglienicke)	Autokorso Berlin Süd
27.02.2021 17-20 Uhr	Landshut, Parkplatz Wittstraße 1	Autokorso für Grundrechte
27.02.2021 14-17 Uhr	Graz, Stadtpark/Ententeich/Messe/Griesplatz	Sternmarsch
27.02.2021 14:30-18 Uhr	Augsburg, Ulrichsplatz	Demozug
28.02.2021 13-15 Uhr	Graz, Passamtswiese	Multikultureller Frauenmarsch
28.02.2021 12-15 Uhr	Arnsberg, Parkplatz Sauerlandtheater	Autokorso für Grundrechte
28.02.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Bregenz, Platz vorm Festspielhaus	Demonstration
28.02.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
28.02.2021 14-16 Uhr	Dornbirn, Marktplatz	Versammlung für Freiheit & Demokratie
28.02.2021 13:30-16 Uhr	Oberursel, Parkplatz Hohemark	Autokorso für Grundrechte
28.02.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
28.02.2021 13-17 Uhr	Wien, Oper	Spaziergang für mehr Menschlichkeit
28.02.2021 16-17:30 Uhr	Heubach, Fritz-Spießhofer-Str.	Discodemo
28.02.2021 17-20 Uhr	Wien, Ort auf Anfrage	Coronasprechstunde mit Schiessler & Rösch
01.03.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
01.03.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
01.03.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Bernau, Bahnhofsvorplatz	Montagsdemo Bernau
01.03.2021 18-19 Uhr (jeden Mo)	Schwäbisch Hall, Froschgraben	Querdenker-Treffen
01.03.2021 18-19:15 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena B27/B463	Autokorso
01.03.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
01.03.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr.	Demokratieflashmob
01.03.2021 17-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stuttgart, Karlsplatz	Maskenfreies Leben für alle
01.03.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
01.03.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
01.03.2021 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Olympischer Platz	Autokorso Berlin West
01.03.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Montagsdemo
02.03.2021 18-21 Uhr	Dortmund, Parkplatz D1 am Veranstaltungszentrum	Autokorso gegen eine Impfpflicht
20.03.2021 12-16 Uhr	Kassel, Königsplatz	Weltweite Mega-Demo
20.03.2021 12-18 Uhr	Berlin, Vor dem Bundestag	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Hof steht auf und fährt los

22.02.2021, es ist kurz vor 17:00 Uhr in der Uferstraße im beschaulichen Hof an der Saale. In über 50 Fahrzeugen warten mutige Demokraten, darunter auch ein Taxifahrer, auf den Start des ersten Hofer Autokorsos gegen die Corona-Maßnahmen.

Einige Passanten sind neugierig-irritiert. Auch von Seiten des Ordnungsamtes hat man wohl nicht mit so viel Zuspruch gerechnet. Offiziell sind in der 45.000 Einwohner-Stadt nur 20 Fahrzeuge erlaubt - gekommen sind über 50. Die überzähligen 30 schließen sich dem Ende des Zuges an. Da sie sich an die StVO halten müssen, werden sie nach der 2. Ampel vom Rest der Teilnehmer getrennt, was sie aber nicht daran hindert, lautstark hupend die Route eigenständig abzufahren.

Der Kontakt zur Polizei ist übrigens seit den ersten Demos im April 2020 vorbildlich. Das soll so bleiben, denn ein immer wiederkehrender Satz in Hof lautet: »Diese Demonstrationen enden erst, wenn sieben Milliarden Menschen in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung miteinander leben dürfen.«

Der nächste Autokorso findet am 5. März statt. Details dazu werden u.a. hier im DW bekannt gegeben.



O’zapft is!

Unser rasender Reporter Clark Kent hat es sich in München gemütlich gemacht.

Am Sonntag gab es eine Demonstration in München, die mit einem Umzug von genau 100 Personen anfing und am Marienplatz endete, wo dann eine Kundgebung stattfand.

Dass auch wirklich nur 100 Personen beim Demonstrationszug dabei waren hat die Polizei streng kontrolliert, so dass die vielen Menschen, die der Kundgebung noch beitreten wollten, nicht mehr dazustoßen konnten. Das hat die Menschen aber nicht davon abgehalten. Sie liefen hinter dem Zug her, ohne die absurden Auflagen einhalten zu müssen. Bei der Abschlusskundgebung verlief alles ruhig. Es gab sehr gute Beiträge und viele Menschen konnten den Reden zuhören, ohne dass die Polizei gestört hätte.

Am Montag fand eine Versammlung am Geschwister-Scholl-Gedenktag statt. Dieser soll an den 22. Februar 1943 erinnern, an dem die Geschwister Scholl zum Tod verurteilt und noch am selben Tag durch die Guillotine getötet wurden. Es war eine kleine Kundgebung angemeldet, direkt neben dem Friedhof, wo Sophie und Hans Scholl beerdigt sind. Wieder kamen viele, obwohl die Versammlung an einem Wochentag stattfand.

Bei der Versammlung sprach auch Julian Aicher, der ein Neffe der ermordeten Geschwister Scholl ist. Er unterstützt die Demokratiebewegung und wird dafür in den Medien angefeindet. Der Südkurier wirft ihm gar vor, dass er das Erbe seiner Familie beschmutzt, da er sich in der Maßnahmenzeit für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gegen staatliche Willkür ausspricht.

Es gäbe an dieser Stelle noch vieles zu sagen, über Parallelen und Unterschiede im Widerstand, über Helden, die in ihrer Zeit bekämpft werden und die die Geschichte freispricht und feiert. Es könnte auch viel geschrieben werden über Quarantänelager, die Segregation von Menschen, die keine Maske tragen können oder wollen bzw. die Drangsalierung derer, die an der Sinnhaftigkeit der Impfung zweifeln. Aber es ist auch ein schöner Frühlingstag in Süddeutschland. In der nächsten Woche bin ich wieder da.





Größte Demo der Geschichte: Die erste Verfassungsgebende Versammlung mit Millionen BundesbürgerInnen in Berlin am 29. August 2020.

Umfassender Sieg

Zu den neuen Millionendemos. | KOMMENTAR Von Johnny Rottweil

Alle, die bei den ganz großen Demonstrationen der Demokratiebewegung waren, wissen: Die Revolution hat stattgefunden. Jetzt geht es darum, den Sieg umfassend zu machen und Täter in Regierung und Apparat hinter Gitter zu bringen.

Hinter die Demonstrationen mit teils mehreren Millionen Teilnehmern im Sommer 2020 geht es nicht zurück. Das waren die größten Versammlungen der europäischen Geschichte. Noch beeindruckender sind die ständigen Versammlungen überall in unserem geliebten Land. Echte Demokraten lassen sich nicht vertreiben. Das wissen auch die Verbrecher in der Regierung, Propaganda und den *Think Tanks*. Ihnen bleibt nur, immer heftiger zu lügen, zu buckeln und zu treten. Deshalb ist es so wichtig, dass wir klarmachen, dass wir nicht gegen die Polizei sind. Wir sind hier zusammen drin. Und von meinem Bruder weiß ich: Bei der Polizei brodelt es.

Ein Drittel ist gegen das Regime, das unser Grundgesetz nur noch zum A...abputzen verwenden will (Merkel & Co). ein Drittel ist unentschieden oder krankgemeldet. Und ein Drittel würde auch über die Klippe springen, wenn man es ihm sagt. Willige Vollstrecker eben. Nun ist es wichtig, auch Nägel mit Köpfen zu machen. Wir wissen, dass wir uns durchsetzen werden. Die Erneuerung des Grundgesetzes als Verfassung mit der Einführung der Kontrolle durch das Volk wird es geben. Konzerne und Nato werden den Krieg gegen die Menschen nicht gewinnen. Sie hatten verloren in dem Moment, in dem sie sich hinreissen ließen, uns alle zu belügen und zu entmündigten. Und sich danach in die Sommerpause zu verabschieden.

Aber Rache ist keine Lösung. Wir sind Menschen aller Berufsgruppen, Altersklassen, Hintergründe. Die deutsche Demokratiebewegung war von Beginn an das ganze Volk. Besonders gut, dass sich auch so viele jüdische Gemeindemitglieder von vornherein gegen die totalitäre Ausbeutung des Antisemitismus für die Regierung ausgesprochen und sich uns angeschlossen haben. *Nichtohneuns* feiert am 28.3.2021 auf dem Rosa-Luxemburg-Platz Jubiläum. Michael Ballweg und Querdenken 711 haben neue Millionendemos für 3.4.. 1.8. und 29.8. angekündigt. Aber ich glaube, dass diesmal noch mehr als die Millionen vom 29. August 2020 kommen werden. Weil die Demos so werden, dass wir uns alle auf Berlin in Bewegung setzen. Unsere Verständigung auf die neue Verfassung werden wir selber vollständig umsetzen. Niemand kann uns das abnehmen. Da uns das gelingen wird, schließe ich mich dem Motto an: »Der Sieg der Demokratiebewegung wird umfassend sein!« Und: »Keine Gewalt!«

Eine Flut von Versammlungen

Absurde Demoauflagen, Einschüchterung, brutale Polizeigewalt bis hin zu versuchtem Totschlag, Einbrüche und Wohnungsdurchsuchungen bei Aktivisten sowie rechtswidrig agierende Gerichte haben nicht zu einem Rückgang von Protesten geführt.

Im Gegenteil: In letzter Zeit scheint sich eine neuerliche Flut aus Mahnwachen, Versammlungen und Autokorsos über das Land zu ergießen. Während Gerichte »Querdenken«-Veranstaltungen häufig pauschal verbieten, ist längst eine Vielzahl neuer Initiativen entstanden, die z.B. *Brandenburg* oder *Mitteldeutschland steht auf*, *Bürgerbewegung MV*, *Klardenken* oder *Fairdenken* heißen.

Weil auf angemeldeten Versammlungen gegen Coronamaßnahmen zunehmend versucht wird, genau diese Maßnahmen durchzusetzen (Beispiel Maskenpflicht), sind unzählige Autokorsos entstanden, die sich Deutschlandweit unter der Überschrift *Freiheitsfahrer* organisieren. Allein in Berlin gibt es inzwischen mindestens drei wöchentliche Autokorsos. Auch die grundgesetzlich verbriefte Möglichkeit unangemeldeter Versammlungen wird intensiv genutzt.

Unkonforme Verhaltensweisen wie Schlittenfahren, Picknicks und Frisbeespielen waren zuletzt in Berliner Parks gehäuft zu beobachten.

Das Terrorregime wird den Freiheitswillen der Bevölkerung nicht dauerhaft unterdrücken können.
Wir sammeln weiterhin Veranstaltungen, schreiben Sie uns gerne an, damit wir auf diese Aufmerksam machen können: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Alle Versammlungen werden auf *demokratischer-kalender.de* veröffentlicht und erscheinen wöchentlich in dieser Zeitung. (sgf)

MELDUNG

AUCH BEAMTE SIND KEIN REGIERUNGSEIGENTUM

DW/Berlin. Laut eines Berichts der *Berliner Zeitung* haben die Berliner Polizisten Angst vor einer Astrazeneca-Impfung. Nachdem sich bereits das Pflegepersonal der Hauptstadt nicht mit dem mangelhaft getesteten Impfstoff spritzen lassen wollte, äußert sich auch in dieser Behörde unverhohlener Vorbehalt. Der Sprecher des Berufsverbandes »Unabhängige in der der Polizei e.V.« Jörn Badenick sagte gegenüber dem Blatt: »Zum Impfstoff liegen keine Langzeitstudien vor, auch am Zulassungsverfahren gab es nicht von der Hand zu weisende Kritik. An der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen darf nicht gespart werden.« Besonders kritisch soll der Berufsverband das ungeklärte Haftungsrisiko werten: »Der Dienstherr verweist auf den Hersteller, der sich wiederum auf eine Regelungslücke im Gesetz berufen kann. Auffällig ist auch, dass die dienstliche Impfung auf freiwilliger Basis durchgeführt wird, so dass der Mitarbeiter Gefahr läuft, im Schadensfall allein gelassen zu werden.« Widerständige Polizisten organisieren sich derweil in Telegram-Gruppen für die körperliche Selbstbestimmung aller Menschen. (hes)

DIE RÜCKKEHR DES RECHTSSTAATS

DW/Berlin. Die Initiative »Wir machen auf« legt nach eigenen Angaben Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen die Geschäftsschließungen ein. Der klagende Anwalt Markus Mingers geht davon aus, dass das Infektionsschutzgesetz unter Ausschluss des Bundestages nicht rechtmäßig zustande gekommen ist, außerdem fehle in diesem eine rechtlich notwendige finanzielle Kompensationsleistung für die Unternehmer. Unterstützung findet die Klage auch bei dem Professor für Medizinrecht und Rechtsphilosophie Josef Lindner der Universität Augsburg: »Der Dauer*lockdown* ist aufgrund der Kollateralschäden verfassungsrechtlich nicht haltbar.« Ab Jahreswechsel hatte die Initiative »Wir machen auf« angekündigt, dass Gewerbetreibende, Familienunternehmen und Dienstleister ihre Kunden wieder empfangen werden. (hes)

POSTVERSANDABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik gewachsen. Sie verkauft keine Anzeigen, sammelt keine Daten ein und ist von großen Mäzenen, Strukturen, Staaten und Regierungen unabhängig. Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Tausenden einzelnen SpenderInnen und freiwilligen VerteilerInnen, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist.

Parallel dazu möchten wir den Versuch unternehmen, den Widerstand als unabhängige und gedruckte Wochenzeitung für alle zu etablieren. Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit zehn Euro in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse unseres Vereines. Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ______________________

TELEFON + E-MAIL ______________________

STRASSE UND HAUSNUMMER ______________________

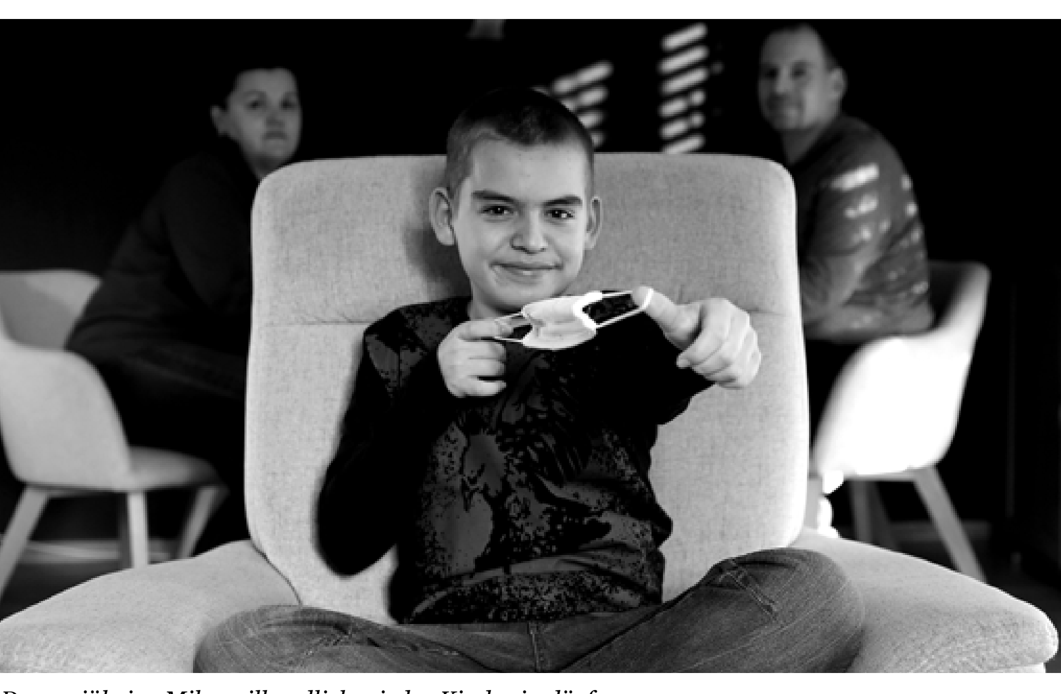
POSTLEITZAHL UND ORT ______________________

K.D.W. e.V.
Berliner Allee 150
13088 Berlin

Irgendwann tut es einfach nur noch weh

Hören Sie gut zu, Frau Merkel: Kindermund tut Wahrheit kund! | Von Hannes Henkelmann

Statt über die Situation der Kinder zu schreiben, spreche ich heute mit einem 13jährigen Jungen. Über die Maßnahmen, die Maske und seine Mitmenschen. Natürlich in Anwesenheit seiner Eltern.



Der 13-jährige Mika will endlich wieder Kind sein dürfen. *Foto: Hannes Henkelmann*

DW: Stell dich gern mal vor!
Mika: Ich heiße Mika, bin 13 Jahre alt, gehe in die siebente Klasse eines Gymnasiums.

Wir leben jetzt schon fast ein Jahr mit den Corona-Maßnahmen. Wie kommst du im Alltag damit klar?
Es ist anstrengend und langweilig. Anstrengend ist, dass man für die Schule immer alles neu organisieren muss. Und das ständige Zuhausesein ist auch anstrengend und gleichzeitig irgendwie langweilig. Sport fällt aus, man kann nicht ins Kino gehen oder mal schwimmen fahren.

Von Anfang an haben die Medien uns gesagt, wie gefährlich das Virus sei. Hat dich auch mal die Angst erwischt?
Nein, Angst hatte ich nie. Am Anfang wusste ich ja gar nicht, was das mit dem Virus überhaupt war, und jetzt wissen wir ja, dass es nicht schlimmer ist als die Grippe. Und die ist für die meisten ja nicht lebensgefährlich.

Glaubst du, dass du jemanden anstecken könntest? Bist du vorsichtig im Umgang mit anderen Menschen?
Ich habe ja nichts, womit soll ich andere denn anstecken? In unserer Familie nehmen wir uns oft in den Arm, und auch wenn wir Freunde treffen, bin ich da nicht vorsichtig. Warum auch? Und wenn ich mal erkältet bin, bleibe ich eh zu Hause. Genau wie früher.

Wie man auf dem Foto unschwer erkennt, bist du kein Freund der Maske! Welche Erfahrungen hast du mit dem Mund-Nasen-Schutz gemacht?
Ich mag die Dinger nicht. Kriege kaum Luft darunter. Dann bekam ich ein Attest, und ich dachte, dass jetzt alles besser würde, wurde es aber nicht. Einmal haben mich in der Stadt erst drei Polizisten kontrolliert, dann kamen noch drei dazu. Und dann stand ich da alleine mit sechs Polizisten. Das war krass. Und einige Busfahrer sind ziemlich motzig, wenn ich ohne Maske einsteige. Das nervt.

Wie geht man in der Schule damit um, dass du keine Maske trägst?
Leider bin ich der Einzige in unserer Klasse, der ein Attest hat. Am Anfang habe ich von meinen Lehrern dumme Sprüche gehört. Ich soll mal an meine Großeltern denken, und dass manche Leute den Schuss nicht gehört haben. Dann hieß es, mein Attest muss eine Diagnose haben. Alles andere gilt nicht mehr. Der Rektor sagte, es gäbe sonst eine Klassenkonferenz und dann würde ich vom Unterricht ausgeschlossen werden. Da habe ich beschlossen, dass ich lieber eine ganz dünne Maske trage, als gar nicht mehr zur Schule zu dürfen. Denn dann hätte ich meine Freunde ja gar nicht mehr sehen können. Die finden das übrigens okay, dass ich außerhalb der Schule keine Maske tragen. Nur einer aus meiner Klasse meinte mal, mein Verhalten würde ihn anekeln. Keine Ahnung, was das sollte.

Die meisten Menschen tragen aber Maske. Und es gibt viele Hygieneregeln. Wie fühlt sich das für dich an?
Mir tut das irgendwann einfach nur noch weh, weil man sich wie ein Verbrecher fühlt, wenn man selbst ohne Maske rumläuft. Ich finde es schlimm, dass das so ist. Die Hygieneregeln sind ja auch nichts Neues, Händewaschen und in die Armbeuge niesen, ist doch sonst auch normal.

FRAGEN AN DIE MUTTER VON MIKA

DW: Wie unterstützen Sie Mika? Und wie geht es Ihnen damit, dass Ihr Sohn so viel Spott und Häme einstecken muss?
Mutter von Mika: In den vergangenen Monaten war es uns vor allem wichtig, ihn ernst zu nehmen, immer wieder über alles zu sprechen und ihn auch selbst Entscheidungen treffen zu lassen. Zum Beispiel, was die Maske in der Schule angeht. Natürlich tut es mir sehr weh, wenn ich sehe, wie viel er aushalten muss und wie schlecht es ihm da manchmal mit geht, auch wenn er das nicht gerne zeigt. Einmal war es ganz schlimm, da wurde Mika nach ganz hinten in die letzte Reihe gesetzt, weil er, als es noch freiwillig war, keine Maske aufgesetzt hatte.

Das ist doch Diskriminierung! Haben Sie sich an Mikas Lehrer gewandt?
Natürlich. Und nicht nur an die, sondern auch an den Direktor und ans Landesschulamt. Aber egal, wie ich argumentierte oder was ich denen schickte, zum Beispiel, die Stellungnahme der Unfallversicherung zum Tragen der Masken, alles prallte an denen ab. Es hieß dann nur lapidar: Gefahrenabwehr steht über allen anderen Rechten oder Uns sind die Hände gebunden. Es ist einfach nur zum verzweifeln.

Zurück zu dir, Mika. Gab es schöne Momente im letzten Jahr?
Ja. Ich bin mit meinen Eltern manchmal zu Kundgebungen in unserer Stadt gegangen. Dort habe ich einmal spontan eine Rede gehalten, wie es uns Kindern geht. Und später noch eine zweite, richtige Rede, die ich selbst zuhause geschrieben habe. Ich war auch bei Demos in Berlin und Leipzig. Das war richtig super. Da sind immer total nette Leute. In Berlin stand ich sogar ganz dicht bei Robert Kennedy. Das war cool.

Glaubst du, dass die ganze Geschichte ein *Happy End* hat?
Ich muss daran glauben, weil es sonst keinen Grund gäbe, weiter zu machen. Wenn ich wüsste, dass das jetzt mein Leben lang so weitergehen würde, dann hätte ich, ganz ehrlich, keinen Grund das alles mit zu erleben.

Briefe an die Redaktion

RECHTS VON DER ALTEN CSU: DAS CORONAREGIME

Ich bin 1957 geboren und so enttäuscht von dem Demokratiebruch 2020. Da war es mit Franz Josef Strauß noch lustig, heute ist es nur noch ein Trauerspiel. Habe die Ehre, Gertraud W.

DIE LÖSUNG

Zur Rettung der Wohnungslosen, Kurzarbeitgeldbezieher, Künstler, Klein- und Mittelstandsunternehmen usw. verzichten aus *Solidarität* alle PolitikerInnen sowie hörere StaatsdienerInnen des Europaparlaments, der Bundes- und Landesregierungen auf 30 Prozent ihres Einkommens solange dieser Zustand anhält. Der Partei, die sich als Erste damit einverstanden erklärt, erhält bei den anstehenden Wahlen meine Stimme. - Wilfried Brinkmann

TOTENKULT

Schämt euch, solchen Schund in die Briefkästen zu platzieren. Spendet das Geld lieber an Corona-Opfer! - anonym

LIEBE AUF AUGENHÖHE

Das Titelbild zu »Liebe in Zeiten von Corona« weckte in mir ein ungutes Gefühl. Es erinnerte mich an die Entführung von Europa durch Zeus, die bekanntlich dem griechischen Mythos nach in Vergewaltigung endete. Hier versteckt sich eine männliche Vorstellung von Liebe. Jeder Mann sollte hinterfragen, inwieweit er verstrickt ist in dieses patriarchale System, das Machtstreben im allgemeinen und Dominanz über den Frauenkörper im besonderen beinhaltet. Dominanz verhindert das Zusammenkommen zweier Individuen in sexueller Ekstase auf der geschlechtlichen Ebene und als ebenbürtig sich Respektierende in der sozialen Begegnung. - Frau Dr. Sauter-Bailliet

MEHR ARTIKEL ZUR GEZ-KÜNDIGUNG

Ich habe wie viele andere der ARD mitgeteilt, dass ich ihre Dienste nicht mehr in Anspruch nehmen möchte. Ich habe der Bank mitgeteilt, dass sie die Gebühr zurückfordern soll. Die *ARD* hat die Gebühr zurück bezahlt. Jetzt kommen laufend Briefe, die ich aber nicht öffne und sammle. Der Staat soll seine Propaganda selbst bezahlen und mich damit nicht behelligen. Was mache ich, wenn der Gerichtsvollzieher kommt? Gibt es Prozesse und Bemühungen, den sogenannten Staatsvertrag zwischen den Medien und der Regierung zu korrigieren?- Dr. med. Peter König



Historischer Durchbruch: am 7. November 2020 versammelten sich über 70.000 Demokratiebewegte in Leipzig. Die Forderung: Eine Verfassungserneuerung für das ganze Deutschland. *Foto: Evafoto*

Zwangsgemeinschaft durch Schulden

Der Corona-Aufbaufonds schreibt den Great Reset für alle Zeiten fest. | Von Hermann Ploppa

Zum ersten Mal in der Geschichte will sich jetzt die Europäische Union verschulden. Das darf die EU nach ihren eigenen Vorgaben eigentlich nicht.

Der *Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union* legt in der überarbeiteten Fassung vom 1. Dezember 2009 im Artikel 310 AEUV im ersten Paragraphen unmissverständlich fest: »Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.« Die EU kann also immer nur das ausgeben, was sie auch eingenommen hat. Und weiter in Paragraph 4: »Um die Haushaltsdisziplin sicherzustellen, erlässt die Union keine Rechtsakte, die erhebliche Auswirkungen auf den Haushaltsplan haben könnten, ohne die Gewähr zu bieten, dass die mit diesen Rechtsakten verbundenen Ausgaben im Rahmen der Eigenmittel der Union und unter Einhaltung des mehrjährigen Finanzrahmens nach Artikel 312 finanziert werden können« (Quelle: *dejure.org/gesetze/AEUV/312*). Soweit die Theorie. Gesetze, das haben wir in den letzten zwölf Monaten zur Genüge erfahren, sind nur noch dazu da, um gebrochen zu werden.

Nun, bis jetzt hat man das exzessive Schuldenmachen den Nationalstaaten überlassen. Im Corona-Aufbaufonds (englisch: *Recovery and Resilience Facility*; RRF) sollen 750 Milliarden Euro ausgeliehen und an die 27 Mitgliedsländer weitergereicht werden. Es ist noch nicht einmal klar, wo die Europäische Union diese phantastischen Geldsummen eigentlich hernehmen will. Zumindest ist das der Presse nicht zu entnehmen. Pfandbriefe, in diesem Falle *Eurobonds*, sollen dem Vernehmen nach nicht aufgelegt werden. Will man die Riesensummen also als Kredite bei den Banken holen? Es ist nicht gerade sehr anheimelnd zu hören, dass sich die EU, und damit ja wir Bürger, uns gigantisch verschulden, und dabei will uns keiner sagen, wo das Geld herkommen soll.

Wie wird denn das Geld nun eingesetzt? Von den 750 Milliarden Euro sollen 672,5 Milliarden Euro direkt an die Mitgliedsstaaten weitergereicht werden. Davon sollen 312,5 Milliarden Euro als Zuschüsse an die Nationalstaaten gehen. Das Geld muss also nicht zurückgezahlt werden. Weitere 360 Milliarden Euro werden als Darlehen ausgeschüttet. Die Differenz zwischen 750 Milliarden Euro und 672,5 Milliarden Euro wird für EU-eigene Programme ausgegeben. Natürlich will die EU auch bestimmen, wofür die Mitgliedsländer den Geldsegen einsetzen: »Die Empfängerländer sollen nationale Reform- und Investitionspläne für die Jahre 2021 bis 2023 zunächst in Brüssel einreichen. Diese Pläne müssen dann von der EU-Kommission und vom Rat der Finanzminister mit qualifizierter Mehrheit genehmigt werden.«

WAS VERSTEHT UNSERE REGIERUNG UNTER KLIMASCHUTZ UND DIGITALISIERUNG?

Die Modalitäten der Neuverschuldung formulierte die *Tagesschau* im letzten Juni, als noch kaum jemand von den EU-Plänen Notiz genommen hatte, recht offenherzig und etwas flapsig: »Die Europäische Kommission will sich zum ersten Mal in ihrer Geschichte verschulden und das Geld an den Finanzmärkten ausleihen. Die Mitgliedsstaaten müssen dafür entsprechend ihrer Wirtschaftskraft anteilig geradestehen. Mit der Rückzahlung möchte sich Brüssel Zeit lassen. Die gemeinsamen Schulden sollen ab 2028 über die nächsten 30 Jahre abgestottert werden, also bis 2058.«

Schauen wir einmal, wie die Gelder verteilt werden. Grundsätzlich werden die südeuropäischen Länder bei diesem Deal bevorzugt. Italien bekommt aus dem Glückstopf 65,6 Milliarden Euro. Spanien 59 Milliarden Euro. Deutschland dagegen lediglich 22,7 Milliarden Euro. Die Logik dahinter ist ganz klar: Die Einführung der Eurozone zur Jahrtausendwende war eindeutig eine *Licence to kill.* Denn im Zeitalter nationaler Währungen konnten die schwachen Staaten sich gegen den aggressiven Ansturm von Waren aus stärkeren Ländern wehren, indem sie ihre Währung ab- oder aufwerteten. Dieses Instrument der Selbstverteidigung ist jetzt entfallen. Folge ist, dass in den südeuropäischen Ländern ganze Wirtschaftszweige infolge der Importüberschwemmung weggebrochen sind. Länder wie Griechenland haben seitdem eine negative Handelsbilanz und müssen sich immer mehr verschulden. Es bleibt also nichts anderes übrig, als diesen Ländern noch mehr Geld zu geben, damit sie weiterhin Waren aus den starken nordeuropäischen Ländern abnehmen können.

Werden denn jetzt die frischen Schuldengelder eingesetzt, um dem durch Corona gebeutelten gewerblichen Mittelstand wieder auf die Beine zu helfen? Der gewerbliche Mittelstand kann indes lange und vergeblich auf Hilfe lauern. Für den Mittelstand ist in der schönen neuen EU-Welt schlicht kein Platz mehr vorgesehen. 37 Prozent der Gelder sollen laut EU-Vorgaben für »Klimarettung« verwendet werden; 20 Prozent sollen in die Digitalisierung gesteckt werden. Das ist ein Richtwert. Die deutsche Bundesregierung möchte sogar je 40 Prozent in Digitalisierung und Klimarettung stecken.

Und was versteht unsere Bundesregierung unter »Klimaschutz« und »Digitalisierung«? Antwort: Klimafreundliche Mobilität, umweltbewusstes Bauen, Autos, die mit Wasserstoff fahren, sowie selbstverständlich Forschung für Corona-Impfstoffe. Grüne Wirtschaft, New Green Deal. Es geht recht eigentlich nicht um eine Regeneration jener Natur, die wir von unseren Altvorderen übernommen haben. Es geht vielmehr um eine radikale Neuprogrammierung der Natur im Sinne der großen Konzerne und Banken (siehe DW 32; *Biotechnologie*). Eine große Verschmelzung von Mensch und Maschine. Insofern gibt Deutschland achtzig Prozent des Geldes für ein und dasselbe Ziel aus.

Zum anderen bedeutet die neue Megaverschuldung eine weitere Demontage und Vernichtung der souveränen Nationalstaaten. Immer mehr Entscheidungsbefugnisse gehen von den Nationalstaaten, die zumindest dem Papier nach dem demokratisch bestimmten Willen ihrer Bürger unterworfen sind, direkt auf die EU-Regierung in Brüssel über – die wiederum hat keinerlei demokratische Legitimation und entzieht sich der Kontrolle der ihr unterworfenen Bürger. Schon gibt es ein – zugegebenermaßen noch etwas lasches – EU-Außenministerium. Auch ein EU-Kriegsministerium ist in Arbeit. Und dank der schon lange angestrebten Fiskalunion wird es sicher auch bald ein oberstes europäisches Finanzministerium geben. Dafür ist der aktuell in Gang gesetzte Corona-Aufbaufonds das ideale Schmiermittel. Wann wird der erste EU-Nationalstaat seinen Rückzahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen und muss sich dem Diktat der EU-Behörde in Brüssel unterwerfen?

Noch ist nicht alles entschieden. Denn damit dieser Fonds anlaufen kann, müssen alle 27 Einzelstaaten einstimmig dem Rettungsfonds zustimmen. So etwas lässt sich aber feinmaschig anbahnen. Keine Frage. Schauen wir uns mal Italien an und wir lernen, wie man solche Vorgaben des *Great Reset* – um nichts anderes handelt es sich hier – politisch orchestriert. Italien wird uns jetzt als der große Gewinner des Rettungsfonds präsentiert. Am 13. Februar wurde in Italien der neue Regierungschef Mario Draghi inthronisiert. Da klingeln bei manchen Leuten schon die Alarmglocken. Schließlich war Draghi von 2002 bis 2005 Vizepräsident einer der größten und aggressivsten Privatbanken, nämlich Goldman Sachs. Nun wollen wir hier nicht die Kontaktschuld-Klaviatur spielen. Bekannt ist Draghi allerdings als langjähriger Präsident der Europäischen Zentralbank. Sein Vorgänger Jean-Claude Trichet hatte den Euro schon fast an die Wand gefahren. Da kam Draghi als sein Nachfolger und verbreitete mit dem Spruch »Whatever it takes« den nötigen Optimismus für den Euro. Zur Rettung des Euro bedürfe es der Stoßkraft einer *Bazooka*, also einer auf die Schultern gestützte Boden-Luft-Rakete. Draghi steht nun in Italien einer »Expertenregierung« von Bankern und Wissenschaftlern vor, die von einer Allparteienkoalition getragen wird. Draghis Vorgänger Giuseppe Conte wurde in einer Palastintrige vom Kabinettskollegen Matteo Renzi ausgeknockt, als er nicht mit allen Punkten des EU-Rettungsfonds übereinstimmte.

Es wird kaum eine Überraschung sein, wenn das Berliner Luschen-Kabinett unter Merkel mit ihrem *Trio Infernale*: Scholz, Scheuer und Spahn demnächst von einer »Expertenregierung« nach italienischem Muster abgelöst wird. Wenn wir keine konsistenten Gegenmodelle entwickeln, haben wir dann wirklich nichts Besseres verdient.

Wer ist der größte Geldvernichter?

Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Spahn, Scheuer, Scholz: eine unvollständige Zwischenbilanz veruntreuter Steuergelder. | Von Hermann Ploppa

Immer wieder erfahren wir, dass für Schulneubauten, neue Krankenhäuser, Universitäten oder Verkehrsinfrastruktur schlicht kein Geld im Staatshaushalt vorhanden sei. Derjenige Politiker hat die besten Karrierechancen, der den berühmten Rotstift so oft und so brutal wie möglich ansetzt. Der Mann, die Frau, ist »ministrabel«, eignet sich also für höhere Regierungsposten. Sind wir wirklich so knapp bei Kasse?

Schaut man sich an, wie die prominentesten Minister der vierten Bundesregierung unter Angela Merkel mit unseren öffentlichen Geldern umgehen, ergeben sich doch einige Fragezeichen. Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz hat in letzter Zeit viel Zorn erregt. Die Unternehmerverbände werfen ihm vor, die versprochenen Corona-Hilfen absichtlich »abzubremsen«. Wobei Scholz nicht ganz ohne Berechtigung den schwarzen Peter an eben diesen Peter Altmaier, seines Zeichens Bundeswirtschaftsminister, weiterreichen kann.

Wie auch immer. In seiner Zeit als Regierender Oberbürgermeister von Hamburg hatte Scholz als politisch Verantwortlicher beim *Cum Ex*-Skandal vereitelt, dass die private Warburg-Bank den bescheidenen Betrag von 47 Millionen Euro, den sie unrechtmäßig vom Finanzamt erhalten hatte, an den Fiskus zurückerstattete. Als Bundesfinanzminister hatte Scholz Schlagzeilen gemacht im so genannten Wirecard-Skandal. Der deutsche Online-Bezahldienst hatte in seinen Büchern 1,9 Milliarden Euro geführt, über die er gar nicht verfügte. Dem Finanzministerium untersteht die Banken- und Finanzaufsichtsbehörde BaFin. Die BaFin wusste vermutlich schon länger von den Finanzlöchern bei Wirecard. Wirecard hat offensichtlich auch Beziehungen zu mehreren Geheimdiensten unterhalten. Es gibt zu viele Instanzen, die ein vitales Interesse haben, dass die Umstände des Wirecard-Skandals im Dunkeln bleiben. Da gab es zum Beispiel mit der *Financial Intelligence Unit (FUI)* eine schlagkräftige Ermittlungsbehörde, die beobachten sollte, ob verdächtige Finanztransaktionen im Zusammenhang stehen mit krimineller Geldwäsche oder mit der Finanzierung von Terrororganisationen. Die FIU wurde im Jahre 2017 aus dem Bundeskriminalamt ausgegliedert und der Zollbehörde, und damit dem Finanzministerium, unterstellt. Seitdem ist aus der FIU, wie man vielen Beschwerden aus anderen Behörden entnehmen kann, ein Schlafmützenverein geworden. So berichtet die *Tagesschau*: »Auch im aktuellen Wirecard-Skandal spielt die FIU eine Rolle. So gebe es nach Angaben der Generalzolldirektion Stand jetzt bei mehr als 1.000 Verdachtsmeldungen Bezüge zur Wirecard AG oder der Wirecard Bank AG. Davon seien über 50 Verdachtsmeldungen an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden abgegeben worden.« Die unvorteilhafte Mutation der FIU geschah bereits, bevor Scholz Finanzminister wurde. Doch auch unter Scholz hat sich bis jetzt nichts an der Lethargie der FIU geändert.

Im letzten Sommer hatte zudem eine Reihe von Betrügern sich mit den ersten Tranchen der staatlichen Corona-Hilfen persönlich bereichert. Das Bayerische Staatsministerium beschwerte sich bei Scholz, dass dessen Kontrollbehörden wenig Ehrgeiz entfalteten, um die unrechtmäßigen Gelder wieder einzutreiben.

Ein weiterer Bundesminister, der recht lax mit dem ihm anvertrauten Geld umgeht, ist Verkehrsminister Andreas Scheuer. Das weiß mittlerweile fast jeder, so dass Scheuer der unbeliebteste Bundesminister mit Zustimmungswerten, konstant um die dreizehn Prozent oszillierend, ist. Scheuer schloss einen Vertrag mit verschiedenen Unternehmen ab, die ein Maut-Erfassungssystem für PKWs einrichten wollten. Die Unterschrift erfolgte, obwohl zu jener Zeit noch gar nicht klar war, ob der Europäische Gerichtshof das deutsche PKW-Maut-System überhaupt absegnen würde. Der EuGH verbot das Scheuer-Mautmodell und der Minister kündigte *ad hoc* die Verträge. Was natürlich nicht geht. Jetzt wollen die gescheiterten Mauteintreiber, zu denen auch der Ticketservice CTS Eventim gehört, 560 Millionen Euro von der Solidargemeinschaft der Steuerzahler haben. 560 Millionen Euro – für nichts! Für die Dummheit von Herrn Andreas Scheuer. Das ist noch nicht alles. Gerade wurde durch eine kleine parlamentarische Anfrage bekannt, dass Scheuers Ministerium alleine für das Jahr 2020 48,5 Millionen Euro für externe Berater ausgegeben hat. Es stellt sich einmal mehr die Frage, was das betreffende Ministerium eigentlich noch selber auf die Beine stellt.

Unglaublich? Und doch sind das nur *Peanuts* gegen die Verschleuderung öffentlicher Gelder, die Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sich alleine im Corona-Jahr 2020 geleistet hat. Wir hatten schon über den FFP2-Maskenskandal ausführlich berichtet (siehe DW Nr.35). Es sei noch einmal daran erinnert, dass Minister Spahn mit diesem Maskenskandal Milliardenbeträge versenkt hat. Im April 2020 lud Spahn in einem offenen Bieterverfahren (*Open House*) alle Maskenhändler ein: Ich garantiere jedem, der sofort mindestens 25.000 medizinische oder FFP2-Masken liefern kann, die bedingungslose Abnahme der gesamten Liefermenge. Dabei garantierte Spahn für die FFP2-Masken einen Abnahmepreis von 4,50 Euro. Handelsüblich war ein Preis von 1,20 Euro pro FFP2-Maske. Kein Wunder also, dass Spahn mit einem Tsunami von insgesamt sechs Milliarden medizinischer und FFP2-Masken überschwemmt wurde. Wie Spahn diese Maskenflut bezahlen will, weiß keiner. Also liegen die meisten Masken noch verpackt in irgendwelchen Lagern in Deutschland. Und die Händler warten bis heute auf die fällige Bezahlung. Da kommt eine Prozesslawine auf uns zu, mit wiederum gigantischen Gerichts- und Anwaltskosten.

Diese Minister kommen uns teuer zu stehen. Diese Minister können wir uns einfach nicht mehr leisten, *sorry*.

Corona-Impfung an der Werkbank?

Deutschlands Betriebsärzte wollen ihre Arbeiter und Angestellten gerne selber impfen | Von Hermann Ploppa

Inwieweit die Corona-Impfzentren von der Bevölkerung genutzt werden, darüber gibt es unterschiedliche Berichte. Möglicherweise wird über die Impfzentren nicht die von Merkel gewünschte »Durchimpfung« erreicht. Wenn die Leute also nicht zur Impfung kommen, dann kommt eben die Impfung zu den Leuten. So wie es in den Seniorenheimen bereits der Fall ist.

Das *Handelsblatt* hat die dreißig größten an der Börse gemeldeten Unternehmen (DAX-Unternehmen) befragt, ob sie ihre Mitarbeiter durch Betriebsärzte impfen lassen. Möglich wird das im kommenden Sommer, wenn die Impfkampagne in die zweite Phase tritt. Dann werden die Impfstoffe über Apotheken verkauft, und niedergelassene Allgemeinärzte dürfen den umstrittenen »Pieks« profitabel in ihren Praxen verabreichen. Tatsächlich laufen in vielen DAX-Betrieben schon jetzt die Vorbereitungen an. Der Kollege, die Kollegin, werden dann mal eben von ihrem Arbeitsplatz zum Betriebsarzt gerufen, bekommen ihren Pieks und gehen wieder vergnügt an die Arbeit. Die Fabrikmediziner verabreichen eh schon jedes Jahr Grippeimpfungen. Und geimpfte Kollegen sollen bei Fresenius ihre noch unwilligen Kollegen für den Corona-Pieks gehörig bearbeiten. VW hat ein eigenes Impfzentrum. BMW betont, dass kein Druck auf die Mitarbeiter ausgeübt werden soll. Allerdings will man bei dem Mietwohnungskonzern LEG für gewisse Aufgaben nur Geimpfte zulassen. Lediglich die Deutsche Telekom und der Softwarekonzern SAP halten eine Debatte über die Durchimpfung der Mitarbeiter für verfrüht.

Prämien wollen die DAX-Konzerne ihren Mitarbeitern für die riskante Impfung nicht zahlen – um Impf-unwillige Kollegen nicht zu diskriminieren, so heißt es. Die Werksinjektion kostet die Unternehmen nichts. Für jeden Kollegen stehen den Betrieben 1.500 Euro Ausgaben zu. Und die Impfstoffe bezahlen sowieso die Steuerzahler.

Die Impfkampagne an der Werkbank wurde schon länger angebahnt. Ein Zusammenschluss von Interessenverbänden der 12.000 Betriebsärzte in Deutschland hatte bereits im letzten Dezember seine Impf-Dienste angeboten und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sowie allen politischen Akteuren in Bund und Ländern einen Forderungskatalog vorgelegt: »Dort fordern sie zum einen eine stärkere Einbindung der Betriebe in das nationale Impfgeschehen, zum anderen aber auch eine größtmögliche Unterstützung der Betriebe durch die Regierung, um diese Aufgabe erfüllen zu können.« Dabei ist den Betriebsärzten schon damals klar gewesen, dass es bei diesem »Impfgeschehen« auch Opfer, sprich Impfgeschädigte, geben wird. Denn es wird gefordert: »Betriebe, die impfen, müssen *von jeglicher Haftung diesbezüglich befreit* werden.«

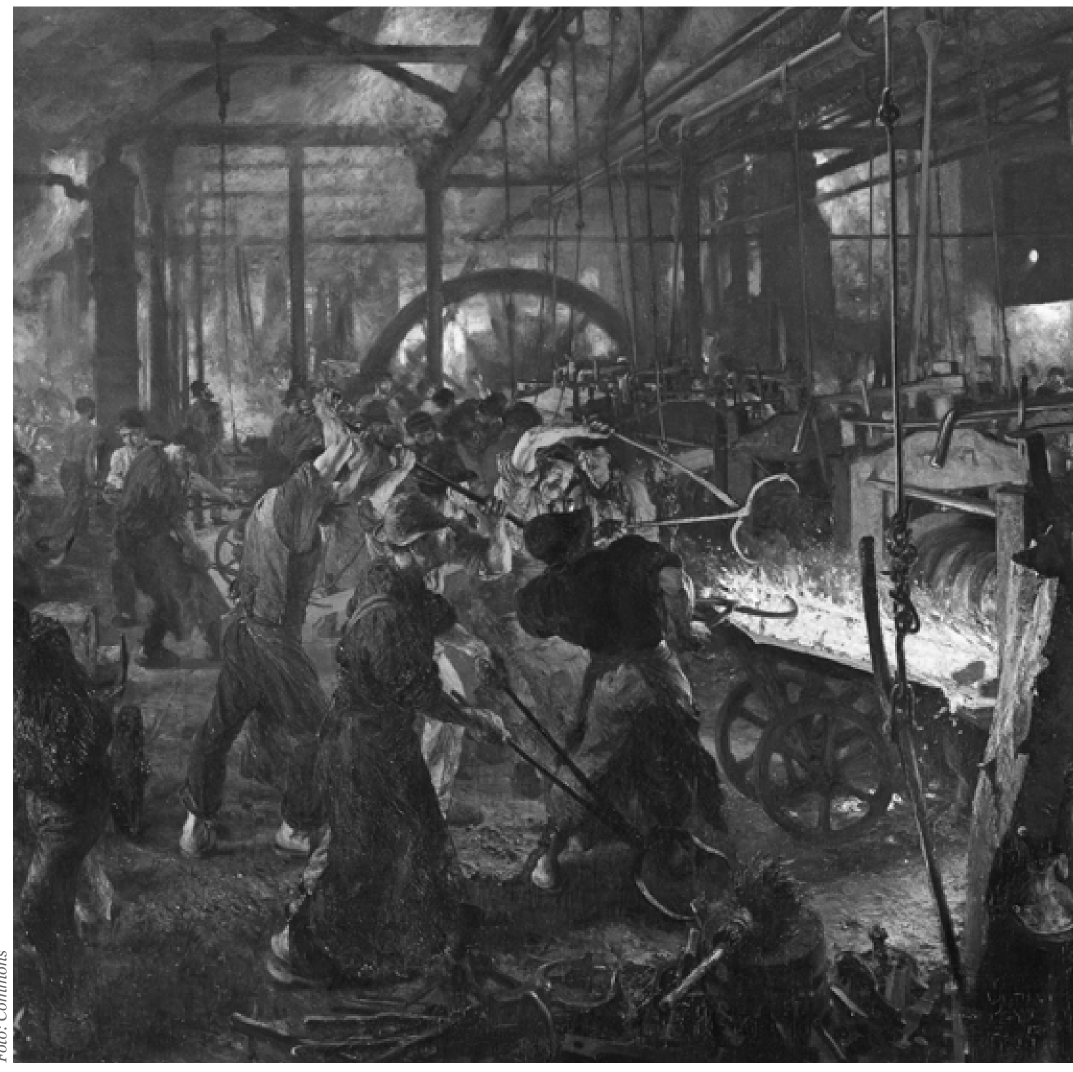


Foto: Commons

In solchen Hallen sollen Impfungen stattfinden? Gemäldeausschnitt von Adolph Menzel, circa 1872.

Vom Wirtschaftsjuristen zum Staatsterroristen?

Skandal: Bayerischer MEK-/SEK-Einsatz aufgrund von vorgeblichem »Titelmissbrauch« in Berlin und Brandenburg. Lässt Markus Söder Spezialeinheiten für Staatsterror gegen oppositionelle Juristen missbrauchen? Internationale Menschenrechtsorganisationen sind informiert, Klagen vor internationalen Gerichten in Vorbereitung. | INTERVIEW mit dem britischen Juristen Janko Williams

Am 30.01.2021 wurde beim britischen Unternehmer und Wirtschaftsjuristen Janko Williams in Berlin/Brandenburg eine Hausdurchsuchung und die Durchsuchung der Geschäftsräume durchgeführt – und das in einer selbst in diesen Corona-Zeiten sehr ungewöhnlichen Art und Weise. Denn es war ein mit Maschinenpistolen bewaffnetes mobiles Einsatzkommando (MEK/SEK), das seine Wohnung überfallartig auf den Kopf stelle. Dieser Überfall wurde unter anderem von bayerischen Polizeibeamten geleitet und vollzogen. Der richterliche Beschluss zur Ausführung der Maßnahme stammte vom Amtsgericht München. Der Eingriff der Polizei war in vielfacher Hinsicht unverhältnismäßig, die persönlichen und wirtschaftlichen Folgen für den engagierten Friedensaktivisten sind extrem.

DW: Können Sie sich kurz vorstellen?
Janko Williams: Ich bin 1985 in Freiburg im Breisgau geboren, habe eine britische Mutter und einen französischen Vater, bin überzeugter Europäer und lebte bis vor kurzem in Brandenburg. Als selbstständiger Datenschutzbeauftragter, Qualitätsmanager, Auditor und Büroleiter einer Anwaltskanzlei habe ich als Wirtschaftsjurist mein Hobby, den Datenschutz, zum Beruf gemacht. In den letzten Monaten standen meine juristischen Kompetenzen aber im Vordergrund. Seit dem 29.8. betreue ich Demonstrationen, engagiere mich für den Verein »Anwälte für Aufklärung« und unterstütze die Klagepaten. Als Friedensaktivist setze ich mich dafür ein, den Rechtsstaat mit Mitteln des Rechtsstaats wieder herzustellen.

Was wird Ihnen zur Last gelegt?
Laut Durchsuchungsprotokoll ging es um den Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen gem. §132 a Abs. 1 Nr. 1 StGB. Es ging aber wohl um ganz etwas anderes, das habe ich aber erst ein paar Tage später erfahren. Ich wurde ja Wochen vor diesem Einsatz immer wieder von der Polizei, meist auf der Autobahn, angehalten und meine Personalien wurden überprüft. Da es sich laut Durchsuchungsprotokoll beim Missbrauch von Titeln um ein Delikt mit geringer Strafandrohung handelt, fand ich es völlig unverständlich, dass der Polizeieinsatz in dieser Härte - mit Waffenbedrohung und Sachbeschädigung - durchgeführt wurde. Als ich die Hintergründe kannte, war es mir aber dann klar.

Was sind denn in Ihren Augen die wirklichen Hintergründe für den Einsatz?
Ich habe erfahren, dass das LKA München anonyme Hinweise erhalten hat, dass ich der Kopf eines Planungsteams sei, das ein Attentat auf Herrn Ministerpräsidenten Markus Söder vorbereitet. Als ich das hörte, musste ich erst einmal lachen und fragte mehrfach, ob das der Ernst sei; jetzt war mir zumindest die extreme Form des Zugriffs seitens des MEK/SEK erklärbar.

Wie verlief denn der Zugriff?
Ich hörte gegen sechs Uhr morgens laute Schläge an der Hauseingangstür im Parterre meines Mietshauses in Brandenburg. Zunächst ging ich davon aus, dass unser Vermieter Reparaturen durchführte, doch ca. 45 Minuten später hörte ich laute Schreie und Rufe wie »Polizei, Polizei!« im Hausgang. Fast gleichzeitig wurde meine Wohnungstür mit einer Tür-Ramme gewaltsam geöffnet.

Ich sprang aus dem Bett und lief sofort zur Tür. Circa neun schwer bewaffnete Polizisten stürmten durch die bereits geöffnete Türe auf mich zu und zwei der Beamten hielten mir vollautomatische Maschinenpistolen an Schläfe und Kopf. Innerhalb von Sekunden wurde ich zu Boden geworfen und bekam Handschellen angelegt – und das sehr grob. Ein paar Minuten lag ich nackt und mit Handschellen am Boden, dann platzierten sie mich auf einen Stuhl und ließen mich nackt dort sitzen. Ich erfuhr von einem Beamten, dass es einen Durchsuchungsbeschluss für meine Wohnung gibt, den hatte man aber nicht dabei. Ein Beamter mussten diesen erst aus dem Auto holen.

Sie waren die ganze Zeit nackt?
Ich bat die Polizisten darum, dass man mir doch wenigstens Unterwäsche bringen möchten und eine Decke. Dieser Bitte kam man nach und brachte mir Socken und Unterwäsche, die vom Tag zuvor noch herum lagen. Meinem Wunsch, mir frische Wäsche zu geben, wurde nicht stattgegeben. Zwei Polizistinnen zogen mir die Kleidung an, während ich noch nackt mit Handschellen fixiert auf dem Stuhl saß. So hilflos zu sein und auch noch von zwei Frauen angezogen zu werden.

Ein SEK-Einsatz ist ja nicht gerade alltäglich, was hat das mit Ihnen gemacht?
Ich war in Panik – und bin es zeitweise heute noch. Als Aktivist habe ich auf den Demonstrationen schon viele unangenehme Situationen erlebt, aber das ging weit über das bisher erlebte hinaus. Irgendwie ein *Guantanamo-Feeling*, wenn ich mir diesen Vergleich erlauben darf – gottseidank nur für ein paar Minuten. Es war so erniedrigend, machte mich zum hilflosen Opfer und fühlte sich nach Staatsterror an. Denn ich war mir ja wirklich keiner Schuld bewusst, die so etwas auch nur im Ansatz gerechtfertigt hätte. Weggesteckt habe ich das immer noch nicht ganz, möchte auf keinen Fall in meine Wohnung zurück.

Wie ging es weiter?
Man teilte mir mit, dass Sprengstoffspürhunde durch die Wohnung geführt werden, und ich durfte auch einen Blick auf den Durchsuchungsbeschluss werfen, dafür wurden meine Hände frei gemacht. Nach zehn oder 15 Minuten – genau weiß ich es nicht – durfte ich mich selbst anziehen und man brachte mich mit dem Einsatzwagen zum Polizeirevier Luckenwalde für eine erkennungsdienstliche Behandlung. In Luckenwalde wurde ich etwa sechs Stunden verhört und gegen 12:30 Uhr dann entlassen. Da man mein Handy konfisziert hatte, war es gar nicht so einfach, mich zu organisieren. Ich hatte nur einen Notfallzettel mit wichtigen Telefonnummern aus meinem Portemonnaie, um Freunde beziehungsweise Anwälte zu kontaktieren.

⊙ Fortsetzung auf Seite 12



Fotos: Janko Williams

Die aufgebrochene Tür des Juristen.



Amtsgericht München

Beglaubigte Abschrift

München, 26. Jan. 2021

Beschluss

Beschluss des Amtsgerichtes München...



...und die Berliner Bestätigung (Daten red. geschw.)

Zum Schluß



Andrea Drescher, Jahrgang 1961, lebt seit Jahren in Oberösterreich. Unternehmensberaterin, Informatikerin und Journalistin.

Ein Versuch zur Objektivierung | Von Andrea Drescher

Da die Subjektivität bei Betroffenen nie auszuschließen ist, habe ich mich an die Pressestellen verschiedener an dem Fall beteiligten Behörden gewendet, um etwaige persönliche Befangenheit und Überreaktionen zu klären. Kontaktiert wurden das Polizeipräsidium Berlin, Staatsanwaltschaft und Generalstaatsanwaltschaft in München sowie die Polizeibehörde und das LKA in München. Unter Angabe der Geschäfts- und Aktenzeichen der involvierten Behörden wurden der Einsatz, Einheit und Anzahl der Polizeibeamten, die Nutzung der Waffen sowie die Verantwortlichen des Einsatzes hinterfragt. Auch wurden die Pressestellen um Stellungnahmen ihrer jeweiligen Dienststelle gebeten.

Die Reaktion war leider unergiebig. Sämtliche Polizeibehörden gaben an, keine Angaben zu machen – und das mit unterschiedlicher Begründung. Von der Pressestelle des Polizeipräsidiums Berlin kam als Begründung, dass »sich die Polizei Berlin nicht zu dem Einsatz des LKA Bayern äußert«. Ludwig Waldinger, Erster Kriminalhauptkommissar beim Bayerischen Landeskriminalamt verwies auf »ein laufendes Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München I. Man solle sich mit Anfragen dorthin zu wenden. Auch die Generalstaatsanwaltschaft verwies auf diese Behörde.

Franziska Hihler zuständig für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Besondere Pressearbeit beim Polizeipräsidium München teilte mit, dass »Anfragen und Fragen dieser Art können unsererseits mit Blick auf den Persönlichkeitsschutz aus datenschutzrechtlichen Gründen (sowie wo gegeben bei laufenden Verfahren) grundsätzlich nicht beantwortet werden« und verwies ebenfalls an die zuständige Staatsanwaltschaft.

Seitens der Staatsanwaltschaft kam innerhalb von zwei Stunden von der OStAin Anne Leiding die berechtigte Nachfrage nach meinem journalistischen Hintergrund. »Da ich ausschließlich ausgewiesenen Journalisten Auskunft zu etwaigen Verfahren der Staatsanwaltschaft München I geben darf, darf ich Sie zunächst um einen *Scan* von Vor- und Rückseite Ihres aktuellen Pressausweises und den Nachweis von Publikationen bitten.« Dieser Aufforderung kam ich direkt nach, übermittelte einen Scan sowie den Verweis auf meinen *Blog*, in dem ein Teil meiner Publikationen der letzten fünf Jahre zu finden sind. Leider gab es bis Redaktionsschluß der vorliegenden Ausgabe des Demokratischen Widerstands keine weitere Kontaktaufnahme.

Die vorliegenden Fotos der Wohnungstür von Janko Williams sprechen eine deutliche Sprache. Für eine normale Hausdurchsuchung, falls so etwas im Rahmen eines »Titelmißbrauchs« überhaupt angemessen ist, klingeln Beamten vermutlich an der Tür. Zumindest in einem demokratischen Rechtsstaat.

REDAKTIONELLE STELLUNGNAHME

POLIZEI WIRD PARTEIPOLITISCH INSTRUMENTALISIERT: STAATSTERROR SOLL ALLE GRUNDGESETZTREUEN JURISTEN EINSCHÜCHTERN

Es erinnert an allerdüsterste Kapitel: Schwer bewaffnete Polizeieinheiten werden wie Freicorps zu politischen Zwecken eingesetzt. Der Jurist Janko Williams ist mehreren Redaktionsmitgliedern bekannt. Seine Geschichte haben wir vor der Veröffentlichung eine Woche lang mit unserem Rechercheteam ausgeleuchtet. Alles deutet darauf hin, dass der Einsatz so stattgefunden hat und Williams in seinen Schilderungen nicht übertreibt. Dies bestätigen formal die angefragten Pressestellen der Polizeien, die unsere Gastautorin Andrea Drescher in Absprache mit uns angeschrieben hat. Auch Nachbarn, Kollegen und hier unter unseren Quellenschutz fallende Personen bestätigen die Darstellung Williams'. Der Durchsuchungsbeschluss nennt eindeutig und ausschließlich den Verdacht des Missbrauchs von Berufsbezeichnungen. Hätten andere und weitere Verdächtigungen vorgelegen, hätten diese im Beschluss genannt werden müssen. Alles andere ist gemäß der uns vorliegenden Expertisen nicht möglich. Wir haben Janko Williams persönlich und eingehend befragt; wir folgen seinen Beteuerungen, halten sie für glaubhaft.

Ein solches Vorgehen lässt nur folgende Schlussfolgerungen zu: Erstens, ein solcher Einsatz erfolgt nicht zufällig. Er ist nur als bewusster, staatsterroristischer Angriff auf oppositionelle Kapazitäten zu werten. Zweitens, das Zeichen soll grundgesetztreue Juristen generell einschüchtern – gemeint ist nicht Janko Williams allein, der als Engländer mit erstem juristischen Staatsexamen womöglich als verletzliches Ziel gilt, sondern angegriffen sind alle grundgesetztreuen Juristen (analog zu den Angriffen auf seriöse HausärztInnen, die sich an den Ethos des Hippokratischen Eides halten). Drittens, die Polizei, die zum Schutz der Bürger geschaffen wurde, soll an bürgerkriegsartige Einsatzsituationen gewöhnt werden.

Alle drei Punkte sind aus jeder zivilisierten Perspektive, gleich welcher politischen oder regierungspolitischen Couleur, strikt zu verurteilen. In der Folge muss und wird es zu Strafverfolgung kommen, auch auf politischer Ebene, und dies auch auf der Ebene internationaler Gerichtshöfe.

Kurz vor Textschluss dieser Seiten erreichte uns nach Fristsetzung noch eine weitere Antwort aus unseren Institutionen. Oberstaatsanwältin Anne Leidig, Pressesprecherin der Staatsanwaltschaft München I, nahm wie folgt Stellung: »Zu dem polizeilichen Einsatz und etwaiger Polizeitaktik können wir uns natürlich nicht äußern, aber zu dem von uns geführten Verfahren gegen den Beschuldigten W.. Wir ermitteln hier wegen des möglichen Verdachtes des Missbrauchs von Titeln und Berufsbezeichnungen.« Damit ist auch staatsanwaltlich bestätigt, dass kein anderer Vorwurf im Raume stand und steht. Das Vorgehen ist damit als durchweg politisch entlarvt, denn der vorgebliche (siehe Interview) Missbrauch von Titeln ist ein Bagatelldelikt, das zum Beispiel per Post und einfachem Gerichtsverfahren vorgebracht und gegebenenfalls geklärt wird. Williams entstehen durch die wahrscheinliche Verleumdung zusätzliche persönliche und berufliche Schädigungen. Und das ist gewollt.

Die Demokratiebewegung wird sich nicht beugen und den Widerstand von redlichen Juristinnen und Juristen wie Williams – es sind von Beginn an Abertausende, auch in hohen und höchsten Ämtern – nicht zurückdrängen, sondern umso mehr entfachen. Wenn sich der Verdacht weiter erhärtet, hat der politisch verantwortliche Ministerpräsident Markus Söder auch unter »Corona-Bedingungen« keinerlei politische Zukunft als Amtsträger mehr, weder auf Landes- und schon gar nicht auf Bundesebene. Eine Stellungnahme der Bayerischen Staatskanzlei wird mit Drucklegung dieser Ausgabe angefordert. (red/ale)

Wurde nur Ihr Handy einbehalten?
Oh nein. Aus meiner Wohnung wurde die gesamte Technik beschlagnahmt, darunter vier Notebooks und Tablets, circa zehn USB-Sticks, ein Luftgewehr – Erbstück von 1985 bis 1992 –, meine Sammlung an Mobiltelefonen, darunter zahlreiche Geräte, die älter als zehn Jahre sind, sowie diverse Firmendokumente. Es kam aber noch schlimmer. Die Polizei hat die Passwörter meiner *Social-Media*-Konten wie zum Beispiel Xing und LinkedIn abgeändert, sodass ich keinen Zugriff mehr auf meine Konten habe. Auch meine Bankkonten, die durch eine Zweifaktor-Authentifizierung besonders geschützt sind, sind mir jetzt nicht mehr zugänglich.

Können Sie denn überhaupt noch arbeiten?
Dank dieser völlig überzogenen Polizeimaßnahme ist nichts mehr möglich. Ich kann weder meinen Beruf ausüben noch meine Kunden bedienen. Ich komme ja nicht mal mehr an das Geld auf meinen privaten oder geschäftlichen Bankkonten. Ich konnte auch meine Kunden nicht anrufen, um sie über die Situation zu informieren, da mein Mobiltelefon ja beschlagnahmt wurde. Mein langjähriger Geschäftspartner hat mir inzwischen bereits mitgeteilt, dass er die Geschäftsbeziehung mit mir aufgrund der Vorkommnisse auflösen werde. Wegen des großen Aufruhrs und der Beschädigungen im Bürohaus gab es inzwischen die Kündigung meines Büros, meine Wohnung kann ich aufgrund der Vorfälle nicht mehr sicher betreten, da ich Angst haben muss, dass bei jedem Geräusch die Tür aufgebrochen wird. Ich fühle mich da einfach nicht mehr sicher.

Das Ganze wurde ja angeblich aufgrund des »Missbrauchs von Titeln« durchgeführt. Wie konnte es zu so etwas kommen?
Aufgrund meiner Teilnahmen auf Friedensdemonstrationen war ich auch häufig in Bayern aktiv. Dort gab es mit der Polizeiführung in München Diskussionen aufgrund einer Warnweste mit der Aufschrift »Rechtsanwalt«, die ich während einer Demonstration trug. Die Weste war dem Einsatzleiter der Polizei ein Dorn im Auge. Laut seiner Behauptung hätte ich mich durch das Tragen dieser Weste als Wirtschaftsjurist des Titels »Rechtsanwalt« bemächtigt. Das habe ich nie behauptet – und auch vor Ort gleich richtiggestellt.

Wie haben Sie denn von dem eigentlichen Grund erfahren?
Am 3.2.2021, also vier Tage nach dem Überfall des MEK/SEK in Brandenburg, wurde ich vom LKA in München angerufen. Man bat mich, mich im Gebäude des LKA in München einzufinden, und machte mich im Vorfeld darauf aufmerksam, dass es sich nur um ein Informationsgespräch handeln würde. Da ich dem Ganzen auf den Grund gehen und die Situation mit der Polizei klären wollte, fuhr ich natürlich hin, obwohl ich zugegebenermaßen Angst hatte, was mich erwartet. Dort eingetroffen, wurde mir dann unverzüglich mitgeteilt, dass man Hinweise habe, dass ich einen Anschlag auf Herrn Söder federführend plane. Die drei Beamten des LKA wollten von mir wissen, ob ich wüsste, wer diese Hinweise gegeben haben könnte. Ich erfuhr, dass man mir derlei Tatbestand nicht zutrauen würde, so ließen es zumindest die Beamten am Ende des Gespräches verlauten.

Also waren anonyme Hinweise Grund für den Überfall?
Offiziell wurde der Polizeieinsatz aufgrund eines richterlichem Beschlusses wegen des Missbrauchs von Titeln veranlasst, doch die Härte der Durchführung des Polizeieinsatzes und insbesondere der Einsatz von Sprengstoffspürhunden legen zwangsläufig nahe, dass die Polizei aufgrund des anonymen Hinweis so vorgegangen ist.

Welche Person oder Organisation der Polizei diesen Hinweis gab – mir stellt sich die Frage: wie rechtfertigen Justiz und Polizeiführung eine derartige Maßnahme, wenn anonyme Informationen dieser Art nicht einmal vorab auf Glaubhaftigkeit geprüft wurden? Da wird ein Mensch ruiniert – weil irgendwer, irgendwas anonym von sich gibt? Haben die denn keinerlei Verantwortungsgefühl?
Sie haben faktisch meine Existenz vernichtet. Keine Wohnung, kein Büro, keine Kommunikationsgeräte, kein Geld. Hätte ich keine Freunde, hätte ich ein großes Problem. Es könnte aber auch ein Einschüchterungsversuch aufgrund meiner politischen Aktivitäten sein. Wenn man an meiner Person ein Exempel statuiert, schüchtert das vielleicht andere ein. Damit wir nicht noch mehr werden auf der Straße.

Wie kommen Sie darauf?
Laut einer Analyse zweier mit mir befreundeter Polizisten sieht die Handlungsweise der Verantwortlichen des Einsatzes nach einer absichtlich einschüchternden Taktik aus, da der gesamte Einsatz mehr als unverhältnismäßig und brutal war.

In ihrer Analyse haben sie u.a. festgestellt, dass im Idealfall mit der Ramme direkt auf dem Schließ-Zylinder geschlagen und eine Haustür eines Mehrfamilienhauses definitiv so leise wie möglich geöffnet wird, um den Terrorverdächtigen nicht vorzuwarnen. Es sei denn, es gibt einen Grund, das nicht zu tun. In diesem Fall hätte ich als Terrorist 30-45 Minuten Zeit gehabt, Beweismittel zu vernichten, Komplizen zu warnen, zu flüchten, einen Angriff vorzubereiten oder mich selbst zu töten.

Aus Sicht der einsatzerfahrenen Polizisten sieht es nach geplanter Unfähigkeit nach dem Muster von Staats-Terrorismus aus, um friedliche Aktivisten, die Herr Söder bereits als »Corona RAF« bezeichnete, zu schädigen.

Lassen Sie sich einschüchtern?
Sicher nicht. Auch und gerade weil ich durch diese Situation traumatisiert bin und etwas dagegen tun muss. Jetzt gerade. Eine entsprechende juristische Aufklärung dieses Skandals wird folgen, das ist alles schon in Vorbereitung.

Kann man Sie dabei unterstützen?
Ja. Aufgrund meiner beruflichen Situation bin ich auf finanzielle Unterstützung angewiesen, um die Gerichts- und Anwaltskosten zu stemmen. Wer mich unterstützen will: das Spendenkonto lautet auf Janko Williams und hat die IBAN: DE49 1001 0010 0967 4501 22. Danke für Ihr Engagement!

Die Fragen stellte Andrea Drescher.

»Reichs

—— Auftakt zur Vorbereitung der Ver

Während sich die Bundeskanzlerin nun auch hochoffiziell am 2. Febuar 2021 in der *ARD* de facto zur »Reichsbürgerin« erklärt hat, indem sie die erneute Gewährung von Grundrechten an die Impfbereitschaft ihrer Untertanen knüpft, was einer klassische Segregationspolitik entspricht, wie sie zuletzt von den Nazis betrieben wurde, wachen mehr und mehr Bürger auf.

Hinterfragt werden bundesweit Sinn und Zweck der Coronaverordnungen. Von Regimevertretern in der Berliner Blase rund um Regierungsviertel und Redaktionsstuben der selbsternannten »Qualitätsmedien« werden seit beinahe einem Jahr alle Kritiker der schlecht begründeten Maßnahmen pauschal als »Verschwörungstheoretiker«, »Corona-Leugner« und damit mitschwingend als Antisemiten gebrandmarkt, weil es klar ist, dass nur Totschlagargumente das argumentative Hinterfragen töten können. Denn auch »Querdenker« denken durchaus viel und, mitunter mehr als Befürworter der autoritären Maßnahmen, inzwischen weitaus mehr geradeaus als quer.

Politikverdrossenheit? Seien es R-Wert, Sieben-Tage-Inzidenz, mit und an Covid gestorben, Mutationen, Impfchaos und schließlich ein heftiger Wintereinbruch ausgerechnet im Winter: Weil auch für Menschen, die vielleicht nie besonders viel politisch gedacht, geschweige denn sich engagiert haben, immer klarer wird, daß die »Pandemie« mit ihren ständig wechselnden Parametern zur Panikmache herhalten muss, damit das Maßnahmenregime weiter aufrechterhalten werden kann, können die über uns Herrschenden aus Bundestag, Bundesregierung und Ministerpräsidentenkonferenz auch gut und gerne bald die gesamte Bevölkerung des Landes, welches deutsch heißt, als »Verschwörungstheoretiker« klassifizieren.

Sprich: Es trifft bald jeden und es soll auch Jeden treffen. Jeden Friseursalon,



TV-Gespräch: Unter welchen Bedingungen gab die Sowjetuni

bürger« versus »Grüner Endsieg«

fassunggebenden Versammlung einigt sich auf juristische Grundposition. | Von Ralph T. Niemeyer, Vorsitzender des Deutschlandkongresses

jeden Schüler, Klein- und Scheinselbständigen, Arbeiternehmer, Künstler, auch Lebenskünstler, Hartz-Betroffene und sowieso jeden Obdachlosen, mithin all jene Menschen, die sich nicht den Luxus, ihre Aktiendepots aus der Villa heraus hin- und herzuschieben, leisten können. Aber, ausgerechnet um diese große Mehrheit der Menschen wollen sich die klassischen Arbeiterparteien SPD und Partei »Die Linke« samt den Einheitsgewerkschaften von DGB, Ver.Di und IGM nicht kümmern. Sondern klatschen als Teil der Merkel'schen Querfront begeistert Beifall.

Die Grünen spekulieren darauf, dass sie mit Markus Söder an die Macht kommen und dann so richtig autoritär die Moralkeule schwingend durchregieren dürfen. Natürlich nur für »das Gute«, also gegen den Schneefall im Winter und die Hitzewellen im Sommer, gegen Quarantäneverweigerer, Querdenker, Qanonisten, weil sie überhaupt noch denken, weshalb man für diese schon Lager hat bauen lassen, die dann »QZ« genannt werden dürften.

VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN DER BUNDESREGIERUNG

Oha, jetzt ist mir mal wieder ein historischer Vergleich herausgerutscht. Wie kann das bloß immer wieder passieren?! Ich darf ja das Infektionsschutzgesetz III nicht so einfach mit dem Ermächtigungsgesetz gleichsetzen, was ja auch richtig ist. Immerhin hatte Hitler sich seinerzeit ja selber ermächtigt, aber der Deutsche Bundestag am 18. November 2020 die deutsche Regierung de facto unter die konzerngelenkte *World Health Organisation* (WHO) gestellt. Die Weltgesundheitsorganisation WHO wird nachweislich aus Großüberweisungen von Bill Gates, sowie der Regierung der Volksrepublik China gefüttert. Die WHO allein soll von nun an feststellen, ob eine »pandemische Lage nationalen Ausmaßes« in einem Staat besteht, was automatisch alle Grundrechte im betroffenen Land außer Kraft setzt. Die Abgeordneten haben also diesmal nicht etwa einen deutschen Führer ermächtigt, sondern indirekt einen chinesischen. Wälder und mittelständische Unternehmen werden schon seit einigen Jahren von chinesischen Fonds aufgekauft. Neuerdings heißt es, dass sich auch Mercedes »hübsch macht für Investoren aus dem Reich der Mitte«. Und wohl auch Siemens strukturiert die Energiesparte gen China um – ob das etwas mit Umweltschutz zutun hat, steht auf einem anderen Blatt, wohl eher weniger. Es macht also keinen Sinn mehr gegen Frau Merkel oder US-Präsident Biden zu demonstrieren, sondern am Besten gleich gegen Xi Jiping. Na dann viel Spaß!

Da nun bald auch die Letzten merken werden, was eigentlich nach der Finanzkrise von 2008, die bis heute nicht gelöst wurde und welche man mithilfe der Schweinepest 2009 medial übertünchen wollte, was aber nicht so richtig funktionierte, weil die »Pandemie« wirklich gar zu lächerlich daherkam, immer weitergeschwelt hat, nämlich der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung des »Werte-Westens«, ist es an der Zeit, sich reinen Wein einzuschenken.

Hören wir also endlich damit auf, Grippetote gegen Covid-19-Tote aufzurechnen, denn vermutlich kommt die Zahl Pi mal Daumen auf dasselbe heraus, wie in jeder Grippesaison und ist somit tragisch in jedem konkreten Einzelfall, aber nicht dramatisch, wenn man das große Ganze betrachtet. Und das ist auch Aufgabe von Politik, Wissenschaft und seriösem Journalismus.

Die Verschwörungstheorien der Bundesregierung wollen uns allen Ernstes glauben machen, dass man nur zu unserem Besten die gesamte Wirtschaft einfach mal so an die Wand fährt. Einerseits. Andererseits wollen uns manche weismachen, dass Bill Gates die Überbevölkerung der Welt, selbstverständlich auch nur zum Wohle der Menschheit, durch Impfung kontrollieren möchte. Welch »Philantrop«.

Wer sich dem neuen Wahnsinn einschließlich Immunitätsausweis, Impfpflicht und 5G bedingungslos unterwirft, der darf die »Pandemie« für beendet erklären. Dies waren nun also Schweden, wo das Bargeld bereits abgeschafft wurde und die junge Bevölkerung es geradezu cool findet, sich *chippen* zu lassen, sowie Slowenien und Italien als erste EU-Mitgliedsstaaten, die zugleich auch Brückenkopffunktion für die neue Chinesische Seidenstraße fungieren. Italien hat bereits viel Infrastruktur an China verhökert, Schweden sogar Volvo geopfert.



Echter Christdemokrat und Journalist: Norbert Blüm (l.) im Interview. Foto: Klaus D. Müller



on die DDR auf? Michail Gorbatschow im Gespräch mit Niemeyer zur Wendezeit. Foto: Klaus D. Müller

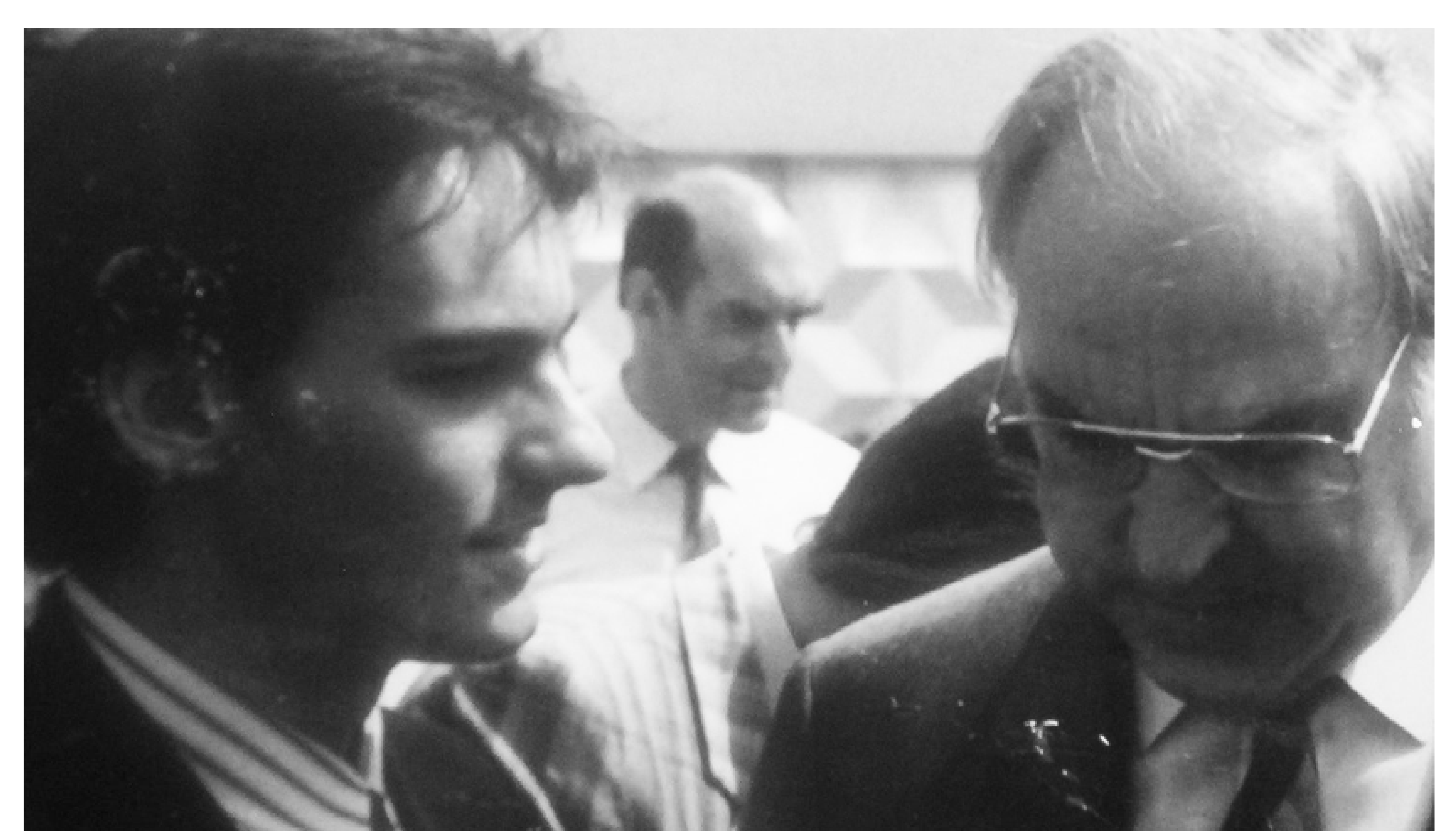
Unter dem Strich bleibt nach dem Maskenfall stehen, dass es so wie bisher nicht weitergehen konnte. Zuletzt hatten uns die *Fridays-Kids* und Greta mit dramatischen und fruchtlosen Appellen in den Ohren gelegen. Zuvor waren das imperialistische Ex-Präsidenten Obama, Clinton, sowie Erleuchtete à la Al Gore und Oligarchen wie Richard Branson, George Soros und Rockefeller, die allesamt schon deshalb nicht glaubwürdig waren, weil sie zugleich weiterhin in Privatjets reisten, Luxusautos, Luxusvillen und Yachten besaßen, also Wasser predigten und Wein soffen.

Wenn man die Warnungen der konservativen Wirtschaftsinstitute vom Herbst 2019 liest, waren darin ernste und teilweise panisch anmutende Rezessionsängste enthalten. Die *FAZ, Handelsblatt* und andere der Hochfinanz verpflichtete Zentralorgane des Kapitalismus nötigten, Gewinnwarnungen anzumahnen. Nun ist eine Gewinnwarnung nicht etwa eine Warnung vor plötzlichem Reichtum, sondern eben des Verlustes selbigen. Die Rezession, die wir jetzt sehen, ist also vorhersehbar gewesen. Das ist keine Verschwörungstheorie (vgl. »Das Kapitalismustribunal«, Buch hrsg. u.a. von Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz; Red.).

Das Scheitern gehört zum Kapitalismus ebenso wie die Krise. Das kritisieren wir Sozialisten seit jeher. Der Sozialismus sollte vor Krisen schützen und tat dies auf gewisse, zugegeben etwas langweilige Art auch eine Weile und hätte es vermutlich auch weiter getan, wenn seine Herrschaftselite sich nicht auf geradezu lächerlich bescheidene Art (ich denke an die Miele-Spülmaschinen in Einfamilienhäusern in der »Bonzen-Siedlung« in Wandlitz) hätte kapitalistisch korrumpieren lassen. Kein westdeutscher mittelständischer Unternehmer hätte sich damit zufrieden gegeben. Während der Sozialismus sich zum Ziel gesetzt hatte, vor Krisen zu schützen, ist es seit Anbeginn Ziel des Kapitalismus gewesen, sich Krisen zunutze zu machen.

Egal, wie das Virus geheißen hätte, und egal, wie viele Menschen dadurch in Gefahr gerieten oder sogar getötet würden: Die Bundesregierung und auch alle anderen Regierungen dieser Welt würden des-

⊙ Weiterlesen auf Seite 14


Verfassung verpasst: Der viel geschmähte Bundeskanzler Helmut Kohl und unser Autor. Was würde Kohl wohl zu Merkel heute sagen? Foto: Klaus D. Müller

halb nicht den Kapitalismus höflich bitten, sich in Wohlgefallen aufzulösen und so sang und klanglos unterzugehen, wie vor 30 Jahren der Sozialismus. Wer das glaubt, ist wahrlich ein Verschwörungstheoretiker.

Der Sozialismus versprach, dass wir alles bekommen würden, was wir brauchen würden. Der Kapitalismus macht uns glauben, dass wir alles brauchen, was wir bekommen. Sozialismus hieß Zentralismus, Kapitalismus Konzentration. Der Sozialismus implodiert, der Kapitalismus explodiert. So war es bisher. Der Kapitalismus führte zu Faschismus und Krieg, zweimal in nur 100 Jahren von Deutschland ausgehend.

EU-KOMMISSION WIRD IMPFPFLICHT BESCHLIESSEN

Die so genannte Corona-Krise führt uns erstmalig vor, daß der Kapitalismus auch friedlich und ohne großen Krieg untergehen kann. Jetzt ist es an der Zeit, um die Ausgestaltung der neuen Zeit zu streiten und auch zu kämpfen, denn eines sollte klar sein: Die Neoliberale Epoche ist endgültig vorüber. In der neuen Wirtschaftsordnung soll es sehr viel mehr so zugehen, wie uns die *Fridays-Kids* und Greta vorschreiben wollten. Allerdings unter Herrschaft der Konzernoligarchen. Wenige Urlaubsflüge, Autofahren wird zum Privileg, internetbasierende Produktionsweisen wo immer es geht, bedingungsloses Grundeinkommen auf Mindestniveau, damit es für Alkohol und ein Leben auf der Couch mit *RTL2* reicht. Bescheidener Wohlstand für 75 Prozent der Bevölkerung, tja, und weiterhin exorbitanten Reichtum für die Oligarchen wie ehemalige Softwaregiganten und Spekulanten. An Letzterem sollte noch justiert werden, aber ich fürchte, das Prinzip »teile und herrsche« hat bereits die System-Linken korrumpiert. Sonst würden die nicht alle mit sichtbarem Maulkorb herumlaufen und auf alle kritischen Freigeister eindreschen.

Die Impfpflicht soll kommen, die EU-Kommission wird es wie alles Unangenehme, welches die nationalen Parlamente und Regierungen nicht wagen durchzupeitschen, aufdrücken, und jeder, der sich dem entgegenstellt, soll als europafeindlicher Antisemit abgestempelt werden. Normalerweise wären wir nach dem Zusammenbruch des Kapitalismus also wie jedes Mal in einem Weltkrieg gelandet und vermutlich sind wir dies auch in Wahrheit. Halt diesmal ohne Bomben und Panzer, ohne zerbombte, wenn auch trotzdem irgendwie zerstörte Innenstädte, womöglich aber mit Schlimmerem. Überkapazitäten werden abgebaut, eine »Stunde Null« naht, die wir – egal ob geimpft und *gechippt* – nicht mehr ewig vor uns herschieben können.

Wie aber kann der historische Umbruch, den wir gerade erleben, sozialverträglich, friedlich und freiheitlich gestaltet werden, ohne, dass wir uns nach dem gleichsam sichtbaren und gefühlten Ende des Amerikanischen Jahrhunderts dem neuen *Global Player* China, und dessen autoritärem 5G-Überwachungsstalinismus samt volkserzieherischem »Bonussystem« bedingungslos unterwerfen müssen?

Zunächst einmal muss die Bevölkerung des Landes, welches deutsch heißt, sich über den eigenen Zustand vollumfänglich informieren. Es ist nämlich nicht ganz so einfach, wie die Regimemedien uns glauben machen wollen. Von wegen mit der Deutschen Einheit sei Deutschland souverän und nicht mehr besetzt. Im so genannten Zwei-plus-Vier-Vertrag steht dies zwar so geschrieben. Aber zugleich schränken die »Fußnoten« unter anderem in Form des Nato-Truppenstatutes das stark ein.

Die USA haben nach wie vor das Sagen, sonst wäre es sicher kein Problem gewesen, die NSA-Abhörpraxis von Frau Merkels Handy zu unterbinden, Edward Snowden für Bundestagsanhörungen Asyl zu gewähren und die Drohnenkriege Obamas zu verbieten – die vom US-Stützpunkt Ramstein stattfanden. Da mir bewusst war, daß unser Land eben nicht vollständig souverän ist, was ich sogar hautnah miterleben musste, als ich mit Bundeskanzler Kohl wegen der Chemiewaffenanlage in Lybien heftig aneinandergeraten bin, hatte ich 1989 den Deutschlandkongress mitgegründet: Dies, um die Gelegenheit der »Niedervereinigung« zu nutzen, eine Verfassunggebende Versammlung auszurufen.
Kohl hatte es mir gegenüber auch am 10. Februar 1990 nach seinem Treffen mit UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow so zugesagt: »Wir werden eine neue Verfassung zu schaffen haben.« Leider überrollte er uns danach. Anstatt demokratischer Reformen in BRD und DDR mußten die DDR-Bürger sich an viele »neue Rechte« gewöhnen, insbesondere das Recht des Stärkeren. Hinzu kamen dann noch die vom »Verfassungsschutz« gesteuerten Neuen Rechten.

30 Jahre später sind wir wieder am selben Punkt angelangt. Die Souveränität des Landes, welches deutsch, heißt, steht mal wieder zur Debatte. Es gibt unterschiedliche Gruppierungen, die sich mit dem Thema seit Jahren befassen und nun ist es erstmalig am Wochenende des 6. Und 7. Februar 2021, gelungen alle relevanten Gruppierungen auf Einladung des Deutschlandkongresses an einen Tisch zu holen.

NEUE RECHTE VOM INLANDSGEHEIMDIENST GESTEUERT

Es wurde minutiös ein Konsens herausgearbeitet, der unter Staatsrechtlern und Kennern des internationalen Völkerrechtes unstrittig ist in Bezug der Rechtsposition des Landes, welches deutsch heißt. Es ist nämlich nicht so einfach zu sagen, jeder, der die Souveränität der »Bundesrepublik Deutschland« anzweifelt, sei ein »Reichsbürger«, der einfach in die Kaiserzeit zurückgebeamt werden möchte, oder noch schlimmer, gar das »Dritte Reich« auferstehen lasen will. Mitnichten, handelt es sich um »Reichsbürger«


Foto: Klaus D. Müller
Bundespräsident von Weizsäcker und Niemeyer in Berlin.


Ralph T. Niemeyer ist Journalist, Dokumentarfilmer und Vorsitzender des Deutschlandkongresses.

oder rechte Spinner. Wenn man sich vor Augen führt, dass seit 1871, als im Versailler Spiegelsaal das Deutsche Reich aus 26 Einzelstaaten gebildet wurde, weder nach dem ersten Weltkrieg 1918, noch nach Abdankung des Kaisers und Ausrufung der Verfassunggebenden Versammlung am 6. Februar 1919 in Weimar, auch nicht nach 1945, das Land welches Deutsch heißt, besatzungsfrei, das heißt, ohne mit der Pistole am Schädel, sich jemals in freier Selbstbestimmung eine Verfassung gegeben hat.

AUCH MARXISTEN WOLLEN NICHT IN DIE DDR ZURÜCK

Das Grundgesetz, welches sicher recht liberal ist, wurde ebenso von den Westalliierten diktiert, wie die DDR-Verfassung durch die Sowjets. Nicht ohne Grund war ich 1990 gegen die schnelle Vereinigung der beiden provisorischen deutschen Staaten, und habe bis heute nicht das Ziel aufgegeben, wie in Artikel 146 Grundgesetz ausdrücklich vorgesehen, eine freiheitliche, soziale, friedliche deutsche Verfassung und einen Friedensvertrag unter Beteiligung aller deutscher Bürgerinnen und Bürger basisdemokratisch ausgehandelt und abgestimmt in Kraft treten zu sehen. Und wenn dies bedeutet, noch einmal in den Spiegelsaal von Versailles, aber diesmal unter völlig friedlichen Vorzeichen, zurückzukehren und zu vollenden, was vor 150 Jahren nicht gelingen sollte.

Und erst dann werde ich sagen: die Einheit des Vaterlandes steht nicht mehr zur Disposition. Damit dies transparent und basisdemokratisch gelingt, hat der Deutschlandkongress eine App zur Registrierung und Verifizierung geschaffen, wo sich jeder Bürger mit Vorschlägen, die zur Abstimmung gestellt werden, einbringen kann. Die App ist unter deutschlandkongress.poovi.de erreichbar.
In den Tagen nach dem Mauerfall Ende 1989 saß ich mit dem letzten SED-Staatsratsvorsitzenden der DDR, Egon Krenz, anderen Politbüromitgliedern und Ministern im Berliner ZK-Gebäude und es wurde viel geschwiegen. Auch über die Frage, ob es überhaupt noch Sinn macht, nach dieser grandiosen Niederlage, eine sozialistische Partei weiterzuführen. Das Schweigen des Politbüros durchbrach schließlich Kulturminister Klaus Höpcke. Er sagte: »Entweder geht es demokratisch, oder es geht nicht.« Dies wurde fortan mein Lebensmotto.

Auch als Marxist, der ich bis heute bin, möchte ich nicht die DDR zurück, und stehe garantiert nur für eine zugleich freie wie auch soziale, friedliche und antifaschistische Verfassung für das Land, welches deutsch heißt, zur Verfügung. Denn alles andere waren Irrwege, die zu Katastrophen geführt haben. Gemeinsam werden wir dieses Ziel erreichen und dann auf Augenhöhe mit allen anderen Staaten verhandeln können, ohne Bevormundung und Fußfesseln irgendwelcher imperialer Großmächte.

»Raute muss weg«



Carsten Fuchs schreibt hier unter Pseudonym. Die Autorin lebt in Hamburg, ist ansonsten in sehr bekannten sogenannten linken Publikationen zu lesen, die wegen deren Unterordnung unter die Regierungslinie nicht aufgezählt werden sollen.

Oder wie eine rechtsoffene Aktion entlarvt wurde. | Ein »Blick von links« von Carsten Fuchs

»Extrem fehlendes Feingefühl« war der Artikel überschrieben, in dem sich Johannes Kopp in der regierungskonformen Tageszeitung *Taz* über fast eine halbe Seite darüber aufregte, dass der Bayern-München-Trainer Hansi Flick etwas ganz Unerhörtes tat.

Flick kritisierte doch tatsächlich den allgegenwärtigen SPD-Hygieniker Karl Lauterbach. Dabei hatte Flick nun nicht etwa im Sinn, den Corona-*Lockdown* zu kritisieren. Er war nur über die Reisebeschränkungen seiner Kicker sauer und bezeichnete Lauterbach als »sogenannten Experten, der sich zu allen äußern müsse«. Zudem hatte Flick noch ganz staatstragend Merkel gute Noten erteilt.

Eigentlich nichts Neues in der Fußballwelt, die ja schon immer mehrheitlich eher zu CDU/CSU als zur SPD tendiert. Doch warum schafft es die Lauterbach-Schelte durch Flick überhaupt in eine Zeitung und dann noch auf einer halben Seite? »Flick dürfte – wenn auch unfreiwillig – den Kessel weiter aufgeheizt haben. Sich selbst hat er geschadet, weil er durch seine Wortwahl ('sogenannte Experten') auch manche Fans unter den Querdenkern und Lauterbach-Hassern gewonnen hat«. So bringt es Johannes Kopp fertig, einen CDU-nahen Bayern-Trainer, der seit einem Jahr vor leeren Rängen herumspringt, mit den Grundgesetzfans und Querdenkern in Verbindung zu bringen: Das nennt man quergedacht!

Vorher wird noch erwähnt, dass Karl Lauterbach erst wenige Stunden vor Flicks Kritik bekannt gemacht hat, dass er in sozialen Netzwerken »Hetze und Aggression« ausgesetzt gewesen sei. Musste Lauterbach daher zur Persona Non Grata werden, die nicht mehr kritisiert werden darf? Wollte man diese Logik im innerlinken Streit anwenden, dürften KommunistInnen ebenso wenig kritisiert werden wie AnarchistInnen. Denn beide sind nicht nur immer wieder Hetze und Aggression in sozialen Netzwerken ausgesetzt, sondern werden oft auch von der Justiz belangt. Das hat aber in der Regel harte Kritik in der linken Szene bis zu Ausschlüssen nicht verhindert.

So scheint die Regel »Kein kritisches Wort über Menschen, die bereits in sozialen Netzwerken angegriffen wurden« wohl nur für bestimmte Politiker*innen zu gelten. Flick hatte ja noch Glück, dass er Merkel ausdrücklich gelobt hat. Das wird ihm auch von Johannes Kopp als mildernder Umstand angerechnet. Und nicht nur von ihm. Flick bekam nach einer Quasi-Entschuldigung bei Lauterbach eine Art Bewährung. Er darf als Trainer weitermachen, steht aber jetzt unter einer besonderen Beobachtung.

WARUM NICHT »RAUTE MUSS WEG«?

Nicht auszudenken, wenn er auch noch erklärt hätte, dass er die allgegenwärtige Merkel auch nicht mehr sehen kann. Von einen Bayern-München-Trainer darf man soviel Distanz zur Macht nun wirklich nicht erwarten. Aber von denen, die sich als Linke bezeichnen, wobei hier nicht eine Partei, sondern ein politisches Umfeld definiert werden soll, das sich einen Abstand zur Macht, zu Staat und Nation einmal auf die Fahnen geschrieben hat, muss man natürlich erwarten, dass da mal jemand ruft. Etwa: »Frau Merkel, ziehen sie sich eine Ganzkörpermaske an. Ich kann sie nicht mehr sehen.« Das wäre nach 16 Jahren Merkelei eigentlich eine Reaktion, die man von großen Teilen der Bevölkerung massenhaft erwarten könnte, vor allem von denen, die fast ihr ganzes Leben mit Merkel als Kanzlerin verbracht haben.

Die nicht mehr ganz so Jungen werden sich an die späteren 1990er Jahre erinnern, wo der Wunsch nach einem Ende der Ära Kohl zu einem Massenphänomen wurde und mit mancher humoristischen Einlagen ausgedrückt wurde. »Birne muss weg« war ein beliebter Spruch, der vom Juso bis zum Autonomen verstanden wurde und in Form von Spucki genannten Aufklebern oft mit der charakteristischen Kopfform des Altkanzlers massenhaft unter die Leute gebracht wurde.

Man stelle sich nur vor, nach 16 Jahre Merkel würde die Parole »Raute muss weg« mit der entsprechenden Handbewegung ebenso massenhaft verbreitet. Sofort würden die Johannes Kopps dieser Medienwelt in seitenlangen Artikel diesem Phänomen auf den Grund gehen und am Ende dann zu der Überzeugung kommen, da müssen sich »Querdenker und Corona-Leugner« eine neue perfide Propagandastrategie ausgeheckt haben, weil die Parole »Merkel muss weg« natürlich sofort in die rechte Ecke eingeordnet würde. Und es gäbe dann natürlich sofort Linke mit und ohne Parteibuch, die feststellen, die Parole »Raute muss weg« sei misanthropisch, frauenverachtend, antifeministisch, diskriminierend, sie sei ein Angriff auf die parlamentarische Demokratie und ihre RepräsentantInnen.

Eine Abgeordnete der Grünen würde sicher mutmaßend, dass die ganze Aktion von Russland finanziert werde. Diskussionsrunden mit VertreterInnen der staatsfinanzierten »Nichtregierungsorganisation« Amadeu-Antonio-Stiftung würden darüber diskutieren, ob es sich bei der Verbreitung der Parole »Raute muss weg« um Gaslighting oder Dogpilling handelt, oder ob es vielleicht eine Kombination von beiden ist, die einen eigenen Fachbegriff erfordert. Darüber werden wir bald neues erfahren, wurde uns versprochen, weil eine entsprechende Doktorarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin erfolgreich verteidigt ist.

Auch die Autonome Antifa Treptow-Süd/Kiehlufer (Treff gleich beim Regierungsparteibüro) meldet sich mit einer exklusiven Recherche zu Wort. Ihr seien die Bestelllisten der Raute-muss-weg-Aufkleber zugespielt worden. Unter den Zigtausenden KundInnen seien auch AfD-Mitglieder und sogar einige von deren Bundestagsabgeordneten. Daher müsse die Kampagne »Raute muss weg« als rechtsoffen bekämpft werden. Seitdem sieht man fleißig junge AntifaschistInnen am Werk, die überall nach »Raute muss weg-Aufklebern« spähen.

Der Umgang damit ist allerdings unterschiedlich. Einige Regierungsantifagruppen empfehlen die alten Methoden: Abreißen und wenn das nicht geht, den Aufkleber mit einen stumpfen Gegenstand unlesbar zu machen. Andere Regierungsantifagruppen haben bessere Ideen. Sie haben ein Sortiment an Aufklebern entworfen, mit denen die inkriminierten Raute-muss-weg-Spuckis überklebt werden sollen. Da ist für jeden Geschmack was dabei. »We love Merkel« verkündet der eine, »Merkel for ever« ein anderer. Doch zu den beiden Favoriten wurden Aufkleber mit der Parole »Schöner leben mit Merkel« und »Wonderwoman Merkel«. In Leipzig soll sich bereits eine Regierungsantifagruppe mit den Namen »Merkels Enkel*innen« gegründet haben.

»FROH IM MERKEL-STAAT ZU LEBEN«

Doch auch im linksliberalen Raum hat die Raute-muss-weg-Kampagne viel Betroffenheit ausgelöst. »Man freut sich über Merkels Kurs und darüber, dass Wissenschaftler an der Macht sind«, erklärt der Liedermacher Reinald Grebe und setzt gleich noch einmal nach, dass er schon froh sei, in einem Merkel-Staat zu wohnen, wo vorne eine Wissenschaftlerin sitzt, die alles abwägt. Auch der in Greifswald lebende Heilpraktiker Torsten Galke springt für Merkel in die Bresche: »Als radikaler Linker freue ich mich, mittlerweile seit 2015, dass Merkel an der Macht ist, und verteidige die bundesdeutsche FDGO...«, gibt Galke den geläuterten Ex-Linken. »In der Welt, in der ich lebe, habe ich mittlerweile Angst, dass meine eigenen Ideale einer Welt ohne Polizei, der Gleichberechtigung und gemeinsamer Teilhabe an politischen Prozessen Wirklichkeit werden könnten«, spricht Galke aus, was viele Konzern- und Regierungslinke sonst eher im kleinen Kreis formulieren. Dass es den Gegnern der »Merkeldiktatur nicht darum geht, die Demokratie durch ein progressiveres Instrument zu ersetzen, sondern die Anführer und Organisatoren der Corona-Ignoranten gut in braun-blaue Kreise zu vernetzen«, weiß auch Galke. Daher versucht er erst gar nicht, eine linke Merkel-Kritik zu formulieren. Daher gibt es auch nach 16 Jahre Merkel keine Raute muss weg-Bewegung und ein Großteil der Restlinken kann sich anscheinend wirklich nichts Schlimmeres vorstellen, als eine Welt ohne Merkel.



Thomas Berthold, Demokrat und Fußballweltmeister: von Beginn an Unterstützer der Demokratiebewegung. *Foto: privat*

SPORT

»Es wird Zeit, dass der Profisport aus seiner Blase kommt und sich offensiv dafür einsetzt, dass der Amateursport wieder stattfinden kann. Die Kinder leiden!«

– Thomas Berthold ist Sportressortchef dieser Zeitung, Weltmeister im Fußball 1990. Er kommentiert für den DW jede Woche kurz und knapp die Lage der großen und kleinen Leibesübungen.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT
BERTOLT BRECHT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 38. Ausgabe ab Samstag, 27. Februar 2021. | Redaktionsschluss war am 25. Februar, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp (stv.), Sophia-Maria Antonulas (CvD) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressortleitung International:** Dr. Yana Milev, Aya Velazquéz **Sportchef:** Thomas Berthold **Ressort Naturwisenschaft:** Markus Fiedler **Layout und Satz:** Chris Stein, Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH i. Gr., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.